

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringertlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4698. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle über deren Raum 1.90 Mk., bei Vorauszahlung 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseratenannahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Streik der englischen Bergarbeiter. Annahme des Gesetzes über den Ausnahmezustand.

Amsterdam, 26. Oktober. Telegramm zufolge hat das Unterhaus in zweiter Lesung die Bill über den Ausnahmezustand mit 257 gegen 57 Stimmen angenommen. Der Führer der Arbeiterpartei Henderson und der Führer der Eisenbahner Thomas veranlagten die Verschiebung der Beratung über das Gesetz. Bonar Law entgegnete ihnen aber, die Regierung erwarte die Zustimmung des Gesetzes als notwendig, und sie verlange die Vornahme der zweiten Lesung und die endgültige Abstimmung.

Bonar Law stellte entschieden in Abrede, daß die Bill einen Angriff auf die Gewerbefreiheit bedeute, und sagte, sie werde nur in Kraft treten, wenn eine Aktion erfolge oder drohe, die zum Ziele habe, den Staat der ihm notwendigen Lebensbedürfnisse zu berauben. Bonar Law erklärte, die Bill würde sicher als Herausforderung empfunden werden, wenn sie später — sollten die Verhandlungen, die jetzt wieder aufgenommen worden sind, in ein freilichiges Stadium treten — zur Verhandlung kommen sollte.

Offizielle Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und der Regierung.

Paris, 27. Oktober. (II.) Zur Ausstandsbewegung der englischen Bergarbeiter wird aus London unterm 26. gemeldet, das Exekutivkomitee der Bergarbeiter habe nunmehr beschlossen, in offizielle Verhandlungen mit der Regierung einzutreten.

Erfolg der streikenden Bremer Staatsarbeiter.

Berlin, den 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit meldet aus Bremen: Der Streik der Staatsarbeiter in Bremen endete mit einem Erfolg der Streikenden. Der Senat, der sich auf den Standpunkt gestellt hatte, nicht zu verhandeln und nichts zu gewähren, wurde zu belidem gezwungen. Unter Hinzuziehung eines Reichsbeamten wurden nach langwierigen Verhandlungen folgende Zugeständnisse gemacht.

Es erhalten ledige Staatsarbeiter über 21 Jahre 5 Mk. Zulage pro Woche, Verheiratete 12 Mk. Das Kindergeld wird von 6 Mk. auf 9 Mk. erhöht. Selbst diese geringfügige Lohnerhöhung wollte der Senat, welcher eine Preisfrage daraus gemacht hatte, erst nicht anerkennen.

Die Staatsarbeiter waren sich selbst darüber klar, daß diese Zugeständnisse nur eine kleine Abschlagszahlung darstellen. Um jedoch die Not der Bevölkerung nicht zu vergrößern und weitere Aussperrungen der Industriearbeiter zu vermeiden, nahmen sie den Vergleichsvorschlag an, dem nun auch der Senat zugestimmt hat. Die Arbeit wird Mittwoch früh geschlossen wieder aufgenommen. Maßregelungen erfolgen nicht. Auch die Privatindustrie nimmt heute die Arbeit in vollem Umfang wieder auf.

Die Rechtssozialisten und der Kampf um die Sozialisierung.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorwärts veröffentlicht heute morgen einen Aufruf des Parteivorstandes an die Partei, in dem es unter anderem heißt: „Wir rufen die Genossen im Lande auf, uns beschließen zu sein, um alle reaktionären Verschwörungen gegen die Republik aufzudecken und im Keime unschädlich zu machen. Helft uns, das letzte reaktionäre Waffennest auszurotten.“ Weiter die Sozialisierung des Kohlenbergbaus sagt der Aufruf: „Die Regierung hat einen Entwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus angekündigt. Aber die Art ihrer Zustimmung rechtfertigt die stärksten Zweifel, ob es ihr mit ihrer Ankündigung ernst ist, und ob sie die Kraft und den Willen finden wird, ihr Versprechen durchzuführen. Die Berggesellschaft der Bodenschätze streift die Grundlage für den Aufbau einer künftigen sozialistischen Wirtschaft. Darum ist der Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus von entscheidender Bedeutung. In den sozialen Kämpfen der Gegenwart nimmt er eine ähnliche übertragende Stellung, wie einst der Wahlrechtskampf in den politischen Kämpfen der Vergangenheit ein. Unsere Aufgabe wird es sein, durch den Druck der öffentlichen Meinung den Widerstand der Grundbesitzer und des ganzen mit ihnen verbündeten Privatkapitals zu brechen.“

Die Rechtssozialisten werden vor allem beweisen müssen, daß sie den Kampf nicht nur mit großen Worten führen wollen, sondern bereit sind, den Worten auch die notwendigen Taten folgen zu lassen. Von dem Gesetzentwurf unserer Fraktion scheint der Parteivorstand übrigens noch nichts zu wissen. Wahrscheinlich erhält er die linkssozialistische Presse nach den Methoden Wilhelm II. nur in Ausschnitten. Der Sinn dieses ganzen Aufrufs scheint darin zu liegen, daß die Partei sich bereit macht, in spätestens der zweiten Hälfte des Winters die Regierung wieder zu übernehmen.

Das Urteil im Dresdner Köhlz-Prozess.

Dresden, 27. Oktober. (II.) Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden die Angeklagten im Köhlzprozess teilweise der vorläufigen Brandstiftung und teilweise der Beihilfe zur Brand-

stiftung für schuldig befunden. Das um Mitternacht verurteilte Urteil lautet: Bergarbeiter Seidel aus Schedewitz 4 Jahre Zuchthaus, Mechaniker Weise aus Dresden 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Fleischer Blich aus Boguskiß 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Bauarbeiter Singer aus Wildenau 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Bergarbeiter Dürrschmidt aus Reudersfel 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Handlungsgehilfe Stiebler aus Plauen 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Geschäftsführer Röhler aus Unterrosau 2 Jahre Zuchthaus, Weber Bohland aus Falkenstein 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus; sämtliche Angeklagten wurden außerdem zu je 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, außerdem der Techniker Fraack aus Plauen zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Vorbereitungen für die Ausrufung der rheinischen Republik.

Düsseldorf, 26. Oktober. (II.) Auf dem niederrheinischen Parteitag der U. S. P. D. machte der Vorsitzende Peter Verten aufsehenerregende Mitteilungen über Vorbereitungen zur Ausrufung der rheinischen Republik. Im Industriebezirk werde die Ausrufung einer Armee von 10000 Mann betrieben, die für die Sache der Dorten-Freunde bestimmt sei. Die Kommunisten hätten an der Sache regen Anteil. Der unabhängige Parteitag sprach sich gegen die Vorbereitung für eine rheinische Republik aus, die eine schwere Gefahr für das Proletariat bedeute.

Frankreichs Plan zur Lösung der Wiederherstellungsfrage.

Haag, 27. Oktober. (II.) Nach der Times hat die letzte Note Frankreichs an England über den Weg, auf dem die deutsche Kriegenschnäbelung zu lösen ist, folgenden Inhalt: 1. Es wird eine Sachverständigenkonferenz, der Hauptmächte, Belgien eingeschlossen, einberufen, die von dem Wiederherstellungsausschuß einberufen wird und die die deutschen Vorschläge (Proposals), die von den deutschen Sachverständigen vorliegen, untersucht. 2. Der Wiederherstellungsausschuß macht auf Grund dieser Konferenz einen Bericht an die alliierten Regierungen. 3. Die alliierten Regierungen prüfen diesen Bericht auf der Konferenz in Genf. 4. Die deutschen Vertreter werden dorthin berufen, um wie in Spa zum Thema gehört zu werden. 5. Das Ergebnis der Konferenz von Genf geht wieder an den Wiederherstellungsausschuß. 6. Die Wiederherstellungskommission, die bereits im Besitz der Schiedenaussstellung der verschiedenen Regierungen ist, kann nun ihre endgültige Stellungnahme vornehmen. 7. Diese letzte Entscheidung geht an den Obersten Rat, der von ihr Kenntnis nimmt und entscheidet, welche Maßnahmen zu einer neuen Konferenz zu treffen sind.

Der polnische Eroberungszug gegen Litauen.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Kopenhagen und Rotterdam kommen Nachrichten, nach denen ein neuer heftiger Kampf zwischen den Polen und Litauern entbrannt ist. General Jeligowski, der bekanntlich im geheimen Auftrag der polnischen Regierung Wilna besetzte, ist offenbar in Lebensmittelmangel geraten und versucht, mit seinen Truppen im Norden bis nach Rowno vorzustoßen. Da die litauische Regierung über keinerlei ausgebildete kampffähige Truppen verfügt, so ist die Entscheidung nicht zweifelhaft. Polen wird dann die litauische Regierung völlig aus ihrem Lande vertreiben. Die Folge wird ein Marodeur- und Bandenkrieg der litauischen Bevölkerung sein, die das polnische Joch nicht zu ertragen gewillt ist. Die englische Presse ist höchst empört über das Verhalten der polnischen Truppen, während die französische im allgemeinen mit Stillschweigen oder mit Gezügelnung den polnischen Vormarsch begrüßt. Schon diese Tatsache weist darauf hin, daß in den Fragen der Randstaaten sich zwischen Frankreich und England ein größerer Konflikt abbahnt, der noch schwere Folgen nach sich ziehen dürfte.

Annahme des Vorfriedensvertrags durch das polnische Parlament.

Warschau, 23. Oktober. (Kurzspruch.) In der heutigen Sitzung wurden der Waffenstillstands- und der Vorfriedensvertrag mit Sowjetrußland einstimmig angenommen und das Oberhaupt zur Aushandlung der Ratifikation im Namen der polnischen Republik ermächtigt.

Eine antibolschewistische Militärkonvention.

Warschau, 26. Oktober. Polen, Rumänien, Ungarn und Finnland haben eine Militärkonvention für die Dauer von drei Jahren vereinbart. Jeder der vertragsschließenden Teile ist im Falle eines bolschewistischen Angriffs verpflichtet, den Verbündeten militärische Hilfe zu leisten.

Die USP. in München.

Wie der Freiheit aus München gemeldet wird, beschloß die außerordentliche Generalsversammlung der Verlagsgenossenschaft Der Kampf mit 104 gegen 98 Stimmen, daß das Genossenschaftsorgan Der Kampf bis bloßer im Sinne des Leipziger Aktionsprogramms weitergeführt werden soll.

Vorbereitung zur Gegenrevolution. Entlassung der Orgeß in Sachsen.

Wie in Bayern, in Ostpreußen und andern Teilen des Reichs rüsten auch in Sachsen die Reaktionen aller Schattierungen zu einer neuen gewaltsamen Erhebung, um der Arbeiterherrschaft die letzten kümmerlichen Reste der Revolutionserenschaften wieder zu entreißen und eine brutale Militärdiktatur, die ihre Krönung in der Monarchie findet, zu errichten. Das war war auch bisher nichts Neues, jetzt ist aber der dokumentarische Beweis erbracht, daß an der Vorbereitung dieses Putzsches systematisch alle Stützen der bürgerlichen Ordnung, als da sind: Bürgererrat, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Deutschnationale Volkspartei, Offiziere der Sicherheitspolizei, Reichswehr und Geheimräte beteiligt sind.

Die Chemnitzer Volkstimme ist in der Lage, folgenden Plan zu veröffentlichen:

Am 20. Mai traten in der Eintracht in Chemnitz auf Einladung des Bürgerrates folgende Vereinigungen zusammen: Der Deutsche Offiziersbund, Verein ehemaliger Einjähriger, Verein nationalgesinnter Frontsoldaten, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und Akademikergruppe der Deutschnationalen Volkspartei. Die Einladung war unterzeichnet von einem Vertreter des Bürgerrates W. Becker und einem Oberlehrer Ebersbach. Letzterer führte den Vorsitz und Becker hatte das Sekretariat übernommen. In dieser Versammlung wurde die Gründung eines Vereins „Stahlhelm“ beschlossen. Der Zweck dieses Vereins gegenüber wurde dieser Verein als Interessenvertretung ehemaliger Frontoffiziere und Offiziersanwärter dargestellt, in Wirklichkeit aber handelte es sich um einen bewaffneten Zusammenschluß, den man begründet mit der Abwehr linksradikaler Putzsch, der aber ausgesprochenemagen auch den Zweck verfolgte, mit den Waffen in der Hand die Revolution zu kürzen.

Im Saale der Reformshule wurde am nächsten Tage die militärische Gliederung vollzogen: Gruppen und Züge wurden eingeteilt, Kommandeure und Führer gewählt. Die Führer der einzelnen militärischen Gruppen sind: Oberleutnant von Scheel, Leutnant D. R. Koch, Leutnant D. R. Hoffmann und Oberleutnant A. Ebersbach. Letzterer ist der Generalkommandant und Verbindungsoffizier für den Bezirk Westsachsen, er ersieht von der Landesleitung der Orgeß in Dresden. Nach dem Vorbild der Reichsorganisation der Orgeß wurden für Mannschaften und Führer Versammlungen gegen Unfall oder Tod abgeschlossen, um sie in der Ausbildung ihrer sogenannten Wehrpflichten im Kampfe gegen die sozialdemokratische Arbeiterherrschaft desto fester in der Hand zu haben. Der Oberlehrer und Generalkommandant Ebersbach schloß diesen Versicherungsvertrag ab, beschaffte Kartenmaterial zu einem militärischen Aufmarsch und hielt überhaupt die ganze Verbindung mit Dresden aufrecht. Auf seinen Befehl wurden in der Geschäftsstelle des Bürgerrates „Wohlmachungsgelder“ in Höhe von 10000 Mark abgehoben und an die einzelnen Züge und Gruppen ausgeteilt. Angehörige des Deutschnationalen Schütztrübundes, der Buchdruckerlehrlinge, der Ingenieur Otto Schurig, sind als militärische, bzw. zivile Leiter in der konterrevolutionären Organisation tätig.

Der Armeebefehl am Tage des Ausbruchs wird streng geheim gehalten und besteht in einer Zahl 4 plus Tagesdatum. Dieser Befehl fordert die sofortige Inmarschierung der Orgeßmitglieder und gilt als sogenannte Kriegsgeordnung. Als Marschziel war zunächst der Truppenübungsplatz in Zeithain angesetzt. Es war ausdrücklich verboten, auf dem Marsche selbst Waffen mitzuführen, da das sächsische Industriegebiet als feindliches Gebiet zu betrachten sei und der Inmarsch einzeln in Zeithain zu erfolgen habe. Dieser Befehl wurde später dahingehend abgeändert, daß der Sammelplatz nicht mehr Zeithain, sondern nunmehr Frankenberg sei. In beiden Sammelagern hatte die dort stationierte Reichswehrformation die Bewaffnung und Ausrüstung übernommen. Es wurde ausdrücklich bei Ausrüstung des Armeebefehls vermerkt, daß auch das Reichswehrkommando in Frankenberg die Bewaffnung zur Ausnahme und Ausrüstung des Chemnitzer Bataillons übernommen habe. Gleichzeitig übermittelte der Bürgererrat der Orgeßleitung einen Betrag von 3000 Mk. zur Errichtung eines Werkbüros, das beschloss, dem Oberleutnant von Scheel einrichtete und bis Ende Juli ein Bataillon in Stärke von 3 Kompanien aufstellte.

Die Finanzierung der Orgeß in unserer Stadt geht vom Chemnitzer Bürgerrat aus. Der Finanzierungsanspruch des Bürgerrates ist gleichzeitig die Kasernenverwaltung der Orgeß. Auf Anweisung der beteiligten Führer hat der Bürgererrat sofort die Gelder auszugeben. Die Deutschnationale Volkspartei und deren erster Vorsitzender, Justizrat Dr. Beutler, ließen klar erkennen, daß sie die Gründung mit Freunden begrüßten und mahnten nur zur Vorsicht, damit die Partei nicht belächelt werden könne. Später aber fielen diese Bedenken weg und die Herren traten in enge Beziehung zu der Sache selbst. Als Zivilberater wurde in die Leitung der Orgeß der erste Vorsitzende der Volkspartei, Bauart Bach, hineingewählt. Der Generalsekretär Spangenberg der Deutschen Volkspartei hat die militärische Leitung. Die Verbindung mit der Sipo wurde durch zwei Offiziere der Sicherheitspolizei, Hauptmann Corradi und Leutnant Scholle, aufrechterhalten. Diese beiden im Dienst der Regierung stehenden Offiziere versicherten, daß drei Fünftel der Mannschaften auf Seiten der Orgeß ständen. Oberleutnant Scholle entwickelte einen Plan, im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung die andersdenkenden Angehörigen der Sipo zu entwaffnen und ihre sämtlichen Heeresgeräte in den Dienst der Konterrevolution zu stellen. Dieser Offizier der Sicherheitspolizei entblödete sich nicht, Originalberichte

des Reichsausschusses Reichsminister, die an die sächsische Regierung gerichtet waren, zunächst einmal zur Kenntnisnahme und Weiterleitung nach dem Zentralbüro der Dracina hinzubringen.

Die Organisation in Sachsen wurde ebenfalls durchweg durch die Vertrauensleute der Deutschnationalen Volkspartei getragen. Wie in Chemnitz, so waren sie auch anderswo überall die Mitglieder der militärischen Organisationen. Nach der Ausjagung einwandfreier Zeugen, die selbst an der Sache beteiligt waren, war die ganze Organisation klar darauf eingerichtet, eine gewalttätige Auseinandersetzung herbeizuführen zum Sturze der Verfassung und zur Aufrichtung einer reinen Rechtsregierung. Die Fäden der Bewegung in Sachsen laufen militärisch zusammen in den Händen des Generals Senft von Pilsach. Er ist Oberkommandierender der gesamten sächsischen Kadres der Kontrevolution.

Die Führung in Leipzig liegt militärisch in den Händen des Major von Hübner. Zivilleiter ist dort der Staatsanwalt Mühlh. Der Generalstabsoffizier und Oberlehrer Ebersbach-Chemnitz hat in allen Orten Einfluss an die Deutschnationalen Vertrauensleute gebracht und geleitet.

Die Verständigung mit den Reichsorganisationen geschieht in außerordentlich vorsichtiger Weise. Von Woche zu Woche wechselt die Chiffre-Schrift. Die Geheimbriefe selbst werden nur von Stufe zu Stufe weitergebracht durch eine kändliche Stafettenpost mit Mänteln. Nachrichtenoffizier Kappasch brachte zunächst die Stafettenpost nach Hof, wo sie von jungen Offizieren, die sehr oft angewechselt wurden, um ein Bekanntwerden zu vermeiden, nach Mühlhausen weitergeleitet wurde. In der Nähe von Zeitz ist eine Fähr über die Elbe in Betrieb der Dracina. Sie sollte bei irgendwelchen Bewegungen zum Übersetzen dienen. Ein allgemeines Waffenlager traute man sich in Chemnitz zunächst nicht zu errichten, da man sich noch zu schwach fühlte und im Falle des Alarms die Ausrüstung in Frankenbera durchzuführen wollte.

Wie die Chemnitzer Volkstimme weiter mitteilt, hat die sächsische Regierung bereits „mit rücksichtsloser Deutlichkeit“ eingegriffen. Oberkommandant Scholle hat sofort seine Entlassung bekommen.

Die Reaktion wird alles versuchen, die über das Rülken der Weingardisten empörten Arbeiter zu Unbefonnenheiten zu bewegen, um einen Vorwand zur blutigen Niederdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung zu bekommen. Die Arbeiterklasse darf sich nicht dazu hinreißen lassen, ihre Kraft in ausschließlichen Einzelaktionen zu versplittern. Doppelte Wachsamkeit ist daher vonnöten! Das vierjährige Wenden scheint den Verbrechen der Gegenrevolution noch nicht zu genügen. Neue fürchterliche Kämpfe, die unser Volk im inneren Mart erschüttern, wollen sie heraufbeschwören. Seien wir daher gerüstet! An der Geflossenheit und Einheit der Arbeiterklasse, die trotz allem Niederdrückenden der letzten Wochen im Augenblick des Kampfes da sein wird, wird der Ansturm der reaktionären Meute zerfallen.

Von der sächsischen Regierung aber, die wir oft genug vergeblich gewarnt haben und die am Wachstum der Gefahr ein großes Teil der Schuld trägt, verlangen wir rücksichtsloses Zugreifen und Veröffentlichung aller einschlägigen Dokumente. Die Schuldigen müssen sofort verhaftet werden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich dabei um einen General oder um einen gewöhnlich Sterblichen handelt. Greift die Regierung nicht grüßlich zu, so macht sie sich mitschuldig an den Zuständen, die unsehbar zum Bürgerkrieg führen. Hier Radau, hier zald!

Zum Kampf um die Sozialisierung.

Der Entwurf der KSP-Fraktion für ein Kohlenwirtschaftsgesetz.

§ 1. In einem einheitlichen Wirtschaftskörper, der Deutschen Kohlegemeinschaft, werden vereinigt: die gesamten deutschen privaten und staatlichen Kohlenbergwerke — Steinkohle und Braunkohle — sowie die Betriebe für Herstellung von Bräunstein, für Verkohlung und Gewinnung von Nebenenergieerzeugnissen, die aus der Verkohlung im Werke unmittelbar entspringen. Die Deutsche Kohlegemeinschaft ist der Träger der Kohlenwirtschaft einschließlich der genannten Nebenbetriebe.

§ 2. Die Deutsche Kohlegemeinschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie verwaltet im gemeinschaftlichen Dienst alle Angelegenheiten des Kohlenbergbaues und der in § 1 sonst genannten Betriebe. Sie regelt die Aus- und Einfuhr unter Berücksichtigung der von den zuständigen Behörden erlassenen allgemeinen Aus- und Einfuhrbestimmungen.

§ 3. Alle privaten und staatlichen Kohlenbergwerke und Betriebe nach § 1 werden in das Eigentum der Deutschen Kohlegemeinschaft übernommen. Diese hat das ausschließliche Nutzungsrecht. Die Rechte an unverwerteten Feldern sind ihr zu übertragen. Sie hat das ausschließliche Recht, Kohlenbergbau und Betriebe im Sinne des § 1 zu betreiben.

Das Enteignungsverfahren wird durch besonderes Gesetz geregelt.

Die bestehenden Privatrechte und Abbaurechte des Grundeigentümers über das Bergwerk werden durch besonderes Gesetz aufgehoben oder auf die Kohlegemeinschaft überführt.

§ 4. Die Deutsche Kohlegemeinschaft regelt ihre vermögensrechtlichen Angelegenheiten selbstständig und verwaltet sie auf Grund kaufmännischer Buchführung. Die Leberzölle fließen, soweit sie nicht im Einkommen mit der Reichsregierung zur Förderung der Kohlenwirtschaft verwendet werden, der Reichskasse zu.

§ 5. Die Festsetzung der Kohlenpreise bedarf der Genehmigung der Reichsregierung.

§ 6. Die Organe der Deutschen Kohlegemeinschaft sind: 1. der Reichskohlenrat (RKR); 2. das Reichskohlenlenkamt (RKL).

§ 7. Der Reichskohlenrat besteht aus 100 Mitgliedern. Von den Mitgliedern werden gewählt: 15 von den Leitern der Bergbaubezirke und der Betriebe, 25 von den Arbeitern der Deutschen Kohlegemeinschaft, 10 von den Angestellten der Deutschen Kohlegemeinschaft, 14 von den verbrauchenden Industrien und 10 von den letzten Verbrauchern. Die 14 Vertreter der verbrauchenden Industrie sind je zur Hälfte aus Arbeitern und Angestellten und Unternehmern zu bilden.

Als Vertreter der Gesamtinteressen werden je 8 sachverständige Mitglieder von dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat bestellt, 14 allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrene Mitglieder durch den Reichskongress ernannt. Von den Bestellten und Ernannten Mitgliedern dürfen nicht mehr als 8 Reichs- Landes- oder Kommunalbeamte sein.

Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren für die erste und die späteren Wahlen erläßt der Reichswirtschaftsminister nach den Grundgesetzen, die der Reichstag aufstellt.

§ 8. Die Mitglieder des Reichskohlenrats wählt vier Jahre mit der Maßgabe, daß jedes Jahr der vierte Teil der Mitglieder ausscheidet.

§ 9. Der Reichskohlenrat gibt sich seine Geschäftsordnung.

§ 10. Der Reichskohlenrat bestellt das Reichskohlenlenkamt. Dieses besteht aus fünf Mitgliedern, welche nicht Mitglieder des Reichskohlenrats sein dürfen. Die Mitglieder werden vom Reichskohlenrat auf fünf Jahre ernannt. Sie können jederzeit durch einen mit Zweidrittelmehrheit nach Maßgabe der Geschäftsordnung zu fassenden Beschluß des Reichskohlenrats abberufen werden. Sie erhalten feste Bezüge.

§ 11. Das Reichskohlenlenkamt gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Reichskohlenrats unterliegt.

§ 12. Das Reichskohlenlenkamt hat einen Vorsitzenden und

einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Befugnisse in der Geschäftsordnung geregelt werden. Sie sollen gemeinsam weitgehende Vollmachten zum selbständigen Handeln besitzen.

§ 13. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Reichskohlenlenkams werden aus dessen Mitgliedern vom Reichskohlenrat bestimmt.

§ 14. Das Reichskohlenlenkamt führt die Geschäfte der Deutschen Kohlegemeinschaft auf Grund eines alljährlich beim Reichskohlenrat einzubringenden Wirtschaftsplanes und nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Reichskohlenrats. Dasselbe muß dem Reichskohlenrat diejenige Handlungsfreiheit und selbständigen Befugnisse gewähren, die zu einer wirksamen und geordneten Geschäftsführung erforderlich sind. Hierzu gehört insbesondere das Recht, selbständig unvorhergesehene notwendige Ausgaben zu machen und in dringenden Fällen bis zu einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Höchstgrenze Kredit in Anspruch zu nehmen. Das Reichskohlenlenkamt ernannt die Leiter der Bergbaubezirke, und nach Anhörung derselben sowie der Betriebsauschüsse der Werke die Leiter der Bergwerke und sonstigen Betriebe.

§ 15. Das Reichskohlenlenkamt hat die Oberleitung der Kohlenwirtschaft und die Überwachung der Geschäftsführung des Reichskohlenlenkams. Insbesondere ist seine Zustimmung erforderlich für die Errichtung neuer Werke, Stilllegung und Zusammenlegung von Betrieben, die Abgrenzung der Bergbaubezirke und der Betriebsstellen sowie für den Abschluß der Tarifverträge (§ 21) und die Festsetzung der Preise der Bergwerksprodukte. Ferner genehmigt er den vom Reichskohlenlenkamt aufzustellenden Bewirtschaftungsplan.

Die zwischen den Betriebsstellen und den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen abgeschlossenen besonderen Vereinbarungen sind zur Kenntnis des Reichskohlenrats zu bringen.

§ 16. Das Gebiet des deutschen Kohlenbergbaues einschließlich der Betriebe nach § 1 wird in etwa zwanzig Bezirke und wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke eingeteilt. Das Reichskohlenlenkamt kann aus Zweckmäßigkeitsgründen einzelne dieser Bezirke von der Zuteilung an einen Bezirk ausnehmen und sich unmittelbar unterstellen.

§ 17. Jeder Bezirk wird einem Generaldirektor unterstellt.

§ 18. Die Generaldirektoren und die Direktoren der Kohlenbergwerke und sonstigen Betriebe werden durch Privatdienstvertrag auf Zeit angestellt. Sie erhalten feste Bezüge und Sondervergütungen nach Maßgabe der Betriebsergebnisse unter Berücksichtigung der in der Privatindustrie üblichen Sätze.

§ 19. Der Reichskohlenrat hat das Recht, den Kohlenbergbau in gemeinwirtschaftlicher Form zu regeln.

Die Verteilung des Hausbrandes liegt den Gemeinden ob, die sich hierzu genossenschaftlicher Organisationen als ihrer Organe bedienen können.

§ 20. Aus- und Einfuhrhandel mit Kohle (Stein- und Braunkohle) und den Erzeugnissen der in § 1 genannten Betriebe werden vom Reichskohlenlenkamt geleitet.

§ 21. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen dem Reichskohlenlenkamt und den zuständigen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren.

Die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten besteht aus festen Bezügen und aus Prämien entsprechend den Leistungen.

§ 22. Für den Bereich jeder Zeche oder eines Betriebes des § 1 wird ein Betriebsrat und ein Betriebsausschuß nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 gebildet. Die Betriebsausschüsse eines Bezirkes (Generaldirektionsbezirkes) wählen einen Regionalrat, der aus fünf Mitgliedern, darunter mindestens je einen Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten, besteht. Die Regionalräte haben ihre Spitze als Reichsausschuß in den Arbeitnehmervertretungen des Reichskohlenrats. Die Befugnisse dieses Vertretungskörpers werden, soweit sie über das Betriebsrätegesetz hinausgehen, durch Tarifvertrag festgelegt.

§ 23. Das Verhältnis der Bergbauflächen zu den allgemeinen öffentlichen Betriebsverrichtungen wird durch eine von dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats zu erlassende Verordnung geregelt.

§ 24. Die Reichsregierung hat vor Ausübung der ihr nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse (§§ 4, 5, 13) den Reichswirtschaftsrat anzuhören.

Begründung.

Für die eingehende Begründung dieses Gesetzesentwurfes verweist die Fraktion auf die prinzipiellen Gesichtspunkte in dem vorläufigen Bericht vom 15. Februar 1919 der Mehrheit der ersten Sozialisierungskommission. Insbesondere wollen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir in der Sozialisierung des Bergbaues nur den einheitlichen Schritt zur Verwirklichung der sozialistischen Produktionsweise überhaupt sehen.

Wir sind der Ansicht, daß das Wirtschaftsleben eines grundsätzlichen neuen Aufbaues bedarf, daß die schwere Krise des Kapitalismus nur durch die Durchführung des Sozialismus überwunden werden kann. Wir wollen mit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues deshalb beginnen, weil dieser Wirtschaftszweig durch die in ihm durchgeführte Organisation und Konzentration des Kapitals die technisch-ökonomischen Vorbedingungen erfüllt und damit zugleich eine entscheidende Machtposition über das Wirtschaftsleben aus der Herrschaft des Kapitalismus in die Verwaltung der Allgemeinheit übergeführt wird.

Wir haben deshalb den von der Sozialisierungskommission ausgearbeiteten Gesetzesentwurf, der dem Vorschlag I entspricht, mit einigen Änderungen an den Reichstag gebracht. Dieser Entwurf entspricht nicht in allen Einzelheiten den weitergehenden Forderungen, die die Arbeiterklasse zu stellen berechtigt ist. Insbesondere behalten wir uns unsere Stellungnahme zur Entschädigung, die in der Reichsverfassung vorgesehen ist, vor. Diese ist eine Frage der Machtverhältnisse der Klassen.

Grundsätzlich vertreten wir den Standpunkt, daß in einer sozialistischen Gesellschaft kein Raum für eine andre Art des Einkommens als für Arbeitseinkommen sein kann. Unsere Stellung zur Entschädigung bei Einzelsozialisierungen hängt ab außer von den bei der Entschädigung befolgten Grundätzen von der Art der Ausbringung der Kosten, also von der Gestaltung der Steuern. Aber wir bringen diesen Gesetzesentwurf ein, um ihn zur Grundlage der Beratung zu machen gegenüber allen den Versuchen, die kapitalistische Herrschaft im Kohlenbergbau aufrecht zu erhalten, denen nämlich der Name Sozialisierung beigelegt wird.

Der Kampf im Reichswirtschaftsrat.

Im gemeinsamen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrats wurde am Montag die Debatte über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues begonnen. Auf eine Anfrage Cohens, ob bald eine Regierungsvorlage zu erwarten sei, erwiderte ein Regierungsvorträger, daß die Regierung nach wie vor laut ihren wiederholten Erklärungen eine Überführung des Kohlenbergbaues in die Gemeinwirtschaft für notwendig erachte. Man erlaube es also die Regierung mit der Vorlegung des Entwurfs noch nicht zu haben. Die Arbeitnehmervertreter bekundeten den Gedanken der Verstaatlichung und versuchten, wie sie es in den Arbeitgemeinschaften

erzielt haben, die Arbeiterkraft abzuspeisen oder einzuspeisen, Kommerzienrat Wögelers vom Reichswirtschaftsrat bebauerte, daß die Arbeitnehmer noch keine Vorrechte gemacht hätten zur Steigerung der Arbeitsfreudigkeit. Sinnes „warnte“ entschlossen vor „Zentralisierung durch den Staat“ und versicherte, daß er und seine Freunde bereit seien, „auf andern Wege an der Erfüllung der Wünsche der Arbeiter mitzuarbeiten“.

Die Herren, die fortgesetzt mit solchen Wägen operieren, sollten sich endlich gesagt sein lassen, daß es kein Mittel gibt, die Arbeitsfreudigkeit unter dem Joch des Kapitalismus zu steigern. Nur die Sozialisierung kann die Arbeitsfreudigkeit erhöhen. Und wenn die Unternehmer immer glauben, selbst den ersten „leibster“ Beginn der Sozialisierung noch immer weiter hinausschieben zu können, werden sie sehr bald Gelegenheit bekommen, ihren Irrtum einzusehen. Die Sozialisierung zunächst des Kohlenbergbaues wird jetzt mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Wenn parlamentarische Mittel nicht verfangen, wird die Arbeiterkraft auf andre, wirksamere in Anwendung zu bringen wissen.

In der Dienstagssitzung gaben die Vertreter der Arbeiter die folgende Erklärung ab: Die Arbeitnehmervertreter haben von den Ausführungen der Herren Arbeitgebervertreter des Kohlenbergbaues Kenntnis genommen. Sie erkennen in den Ausführungen des Herrn Wögelers, der die Bergarbeiter am Gewinn des deutschen Kohlenbergbaues beteiligen will, das Bestreben, die Arbeiterkraft von der Forderung der Sozialisierung, die doch eine Förderung zugunsten des Gemeinwohles ist, durch Verhinderung persönlicher Vorteile abzuwenden. Die Pläne des Herrn Sinnes sind gerichtet auf eine bezweckweise Vertretung der Kohlenwirtschaft, für die die Arbeiter durch Zulassung ihrer einflussreichsten Köpfe zur Führerschaft gewonnen werden sollen. Die Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft aber, und zwar sowohl der kohlenverbrauchenden Industrien und der Landwirtschaft als auch der öffentlichen und privaten Verbraucher, würden der Herrschaft einiger weniger Trustkönige geopfert werden. Die Arbeiterkraft hält demgegenüber an der Zentralorganisation der Kohlenwirtschaft fest, da die Kohle Gemeingut der deutschen Volkswirtschaft sei und bleiben muß. Sie erkennen nach wie vor in der Sozialisierungswirtschaft die Gewähr, daß alle Privatinteressen dem Gemeinwohl in jeder Beziehung untergeordnet werden. Sie lehnen deshalb diese Vorschläge ab.

Die Hamburger Pfefferfische gegen die Sozialisierungsvorschläge.

Hamburg, 26. Oktober. (A. U.) Die Handelskammer von Hamburg hat eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet, in der sie ausführt, daß sie es für ihre Pflicht hält, zu den Maßnahmen der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues öffentliche Stellung zu nehmen. Die Kammer wolle keinesfalls an übersehbaren Formen festhalten und sei bereit mitzuarbeiten an der Durchführung notwendiger werdender Organisationen, erhalte jedoch in seinen der beiden Vorschläge zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine Besserung, welche ohne schwerer Erschütterungen zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens führt. Die Handelskammer warnt zum Schluß die Reichsregierung eindringlich, mit der Durchführung eines der beiden Vorschläge ein Experiment zu machen, dessen Fehlschlagen bei der trostlos und schwierigen Lage des Reiches eine Katastrophe herbeiführen könnte.

Die Kohlenbarone fordern Erhöhung der Kohlenpreise.

Das Reichliche Bureau verbreitet eine Meldung, nach der in der letzten Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats auf Grund der von den Bergarbeitern zuerkannten Erhöhung der Bezüge der Vorstand ermächtigt wurde, beim Reichskohlenverband eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise zu beantragen. Wie von anderer Seite berichtet wird, fordern die Kohlenbarone eine Erhöhung des Kohlenpreises um 23 Mark für die Tonne. Die den Bergarbeitern zugegebene Lohnerhöhung beträgt 2 Mark pro Schicht. Die Zechenbesitzer haben eine Rechnung aufgestellt, durch die in der bekannte Weise „einwandfrei nachgewiesen“ wird, daß die Kohlerhöhungen und andere Vergütungen, neue Steigerungen der Materialpreise, erhöhte Kohlensteuer um die Tonne Kohlen mit 2440 Mk. belasten sollen. Wie die Freiheit nachweist, ist die Berechnung der Zechenbarone jedoch sehr anfechtbar. Zunächst werden in diese Rechnung die drei Mark Hausstandsgeld, die verheiratete Arbeiter und alleinige Ernährer ihrer Familie erhalten, eben die Kindererziehung durchweg eingerechnet, obwohl nur ein Teil der Arbeiter sie erhalten. Ferner wird „übersehen“, daß Arbeiter unter 20 Jahren nur die Hälfte der Lohnzulage von 2 Mk. bekommen. Weiter: Die Förderung pro Mann und Schicht wird nur mit einer halben Tonne berechnet, während sie bei einer ganzen Anzahl von Zechen höher ist. Dadurch würden gerade die am günstigsten arbeitenden Zechen einen besonderen Ertragsprofi erhalten. Der unfotografierbare Posten ist aber der Zuschlag von 60 Prozent für Preissteigerung der Materialien. Die Zechenherren stellen die falsche Behauptung auf, daß jede Erhöhung der Kohlenarbeiterlöhne eine Erhöhung der Kohlenpreise und diese eine Vertenerung ihrer Rohmaterialien zur Folge haben müsse. Da aber die Erhöhung der Materialien wesentlich vermindert werden kann, wenn eben die Kohlenpreiserhöhung nicht eintritt, so ist auch die Aussage einer 60prozentigen Materialsteigerung ganz willkürlich. In der gegenwärtigen Situation kommt noch hinzu, daß eine Eisenpreiserhöhung, auf die es vor allem anläßt, gar nicht in Aussicht steht.

Aus alledem erlaßt sich für die Regierung die Verpflichtung, der geforderten Kohlenpreiserhöhung unbedingt die Zustimmung zu verweigern. Nach unserer Auffassung liefert das Vorgehen der Zechenbesitzer nur einen neuen Beweis dafür, daß es die höchste Zeit ist, daß der Kohlenbergbau der kapitalistischen Profitwirtschaft entzogen wird, daß endlich mit der Sozialisierung ernst gemacht werden muß.

Sie wollen einen starken Kaiser haben.

Inmitten schwarz-weiß-roten Flagenstimmens und unter dem Prangen der alten Fahnen aller deutschen Bundesstaaten begann am Sonntag in Hannover der Parteitag der Deutschnationalen. Hoch zu Häupten flatterte auf schwarzweißrotem Grunde der mit Feder und Reichsapfel ausgestattete Reichsadler wilhelminischer Zeiten. Staatsminister Herzog betonte in dem von ihm erstatteten Geschäftsbericht, alle in letzter Zeit stattgefundenen Parteitage anderer Parteien hätten mit einem Niazto geendet, die Deutsche Volkspartei ohne Schwung, die Rechtssozialisten nur mit Schelnerfolgen, die Unabhängige Partei zusammengebrochen. Dagegen erwarte die ganze Welt vom Deutschnationalen Parteitag einen Fortschritt und eine Entscheidung. Der Streifenpartei fehle trotz allen Abwärtens der ernste Wille zu einer klaren Stellungnahme gegenüber dem Marxismus. Minutensänger Beisall erlöste, so berichtet die Deutsche Zeitung, als der Redner an erster Stelle feststellte, der Standpunkt der Deutschnationalen sei, daß Deutschland keine besseren Verhältnisse bekomme, bis die Monarchie wieder einzieht. Die Monarchie habe zu sparen verstanden, habe ihre Finanzen in Ordnung gehalten, habe eine untadelige Beamtenhaft besessen und sei allein imstande, aus dem Chaos herauszuführen.

Ebenfalls fürmischen Beifall erhielt die weitere Mitteilung des Redners, daß man die Preußenfrage in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt habe, unter dem Gesichtspunkt: Hand weg von unsern alten, guten Preußen. Die Preußenfrage sei heute eine Reichsfrage, mögen die Neuwahlen in Preußen kommen, wann sie wollen, die Deutschnationalen seien gerüstet. Stürmisch wurde der Hinweis des Redners auf die bairische Ordnungspolitik begrüßt. Wir wollen einen starken Kaiser haben, rief Herzog in der Versammlung hinein, wofür ihm die Verlamme

lung am Schluß seiner Rede mit Tränen der Begleitung im Auge durch Erheben von den Sitzen dankte.

Die Sehnsucht der Monarchisten ist verständlich. Die Deutschen werden sich aber wohl darüber klar sein, daß sie auf eine Bewirkung ihrer Träume in absehbarer Zeit nicht rechnen können, denn die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes denkt doch wesentlich anders über den Segen der Monarchie. Sie hat genug von den „herzlichen Zeiten“, denen Wilhelm das deutsche Volk entgegenzuführen versprach.

Wahlbetrug der Neu-Kommunisten in Bochum.

Au der Urwahl zum Parteitag in Halle hatten die Anhänger der Moskauer Bedingungen den Gegnern der Bedingungen den Stimmzettel mit der Benennung: „Gegen die 3. Internationale“ mit Gewalt aufzuzwingen versucht. Diesen Stimmzettel konnten die Genossen, die nur Bedenken gegen die Moskauer Bedingungen hatten, selbstverständlich nicht annehmen. Die Neu-Kommunisten haben damit erreicht, daß die Genossen, die Bedenken gegen die Bedingungen hatten, von der Urwahl Abstand nehmen mußten. Damit haben die Neu-Kommunisten den Gegnern der Bedingungen das Wahlrecht geraubt. Sie beherrschten das Feld allein. Nach der Urwahl überschlugen sie sich förmlich vor Freude über ihren „großen“ Erfolg im Kreise Bochum. Die Urwahl hat ergeben, daß nur 27 Prozent der Mitglieder des Kreises Bochum für den Anschluß an die 3. Internationale sich erklärt hat. Sie besahen die Frechheit, aus den 27 Prozent eine Mehrheit für sich zu reklamieren. In der 11. Sitzung des Komitees in Bochum, die am Freitag, dem 22. Oktober, stattfand, prahlten sie abermals mit ihrem „großen“ Sieg.

Diese Wahlergebnisse gingen selbst ihren eigenen Anhängern über die Haarspuren. Unausgesprochen kam ein Mitglied, das selbst für die Bedingungen zweimal gewählt hat, zum Genossen Otter und erklärte folgendes: Im 13. Bezirk der 11. Sitzung Bochum haben die Anhänger der Bedingungen die Mitgliedsbücher eingekassiert, wie es sich, zur Kontrolle. Mit den Büchern haben sie Personen für die Bedingungen wählen lassen. Ich selbst habe zweimal gewählt. Das war keine Wahl, sondern Betrug, sie sollten ja hübsch ruhig sein!

Als Genosse Otter in der 11. Sitzung diesen Vorgang mitteilte, bekämpfte der Zeuge sofort die Richtigkeit der Angaben. Die Neu-Kommunisten konnten die Tatsachen nicht abstreiten, aber sie versuchten in Schreikämpfe. Genosse Otter wurde aus dem Lokal ausgewiesen. Er durfte zum Parteitag in Halle auch nicht ein Wort sagen, sonst hätten die wie wild gewordenen Neu-Kommunisten sich an ihm tätlich vergreifen. Neben dem Wahlbetrug haben die Bochumer Gelder auch noch zum Wahlbetrug geiffen. Sie haben sich als gelehrige Schüler ihrer Moskauer Meister erwiesen.

Die außerordentliche Generalversammlung, die am 24. Oktober stattfand, deutete auf Sturm. Den ersten Kreisvorsitzenden, Genossen Otter, wollten die Schreier, die sich erst vor kurzem oder in der roten Woche in die Partei eingeschlichen haben, in das Lokal als Einberufer nicht hineingelassen. Niemand durfte etwas hören, was Genosse Otter, zu sagen hatte. Mit Gewalt wurde der Kreisvorsitzende am Reden verhindert. Nur den ersten Satz einer Erklärung, in der die lauberen Methoden der Neu-Kommunisten gekennzeichnet wurden, vermochte er zu versetzen. Dann wurde er durch Lärm am Weiterreden verhindert. Die Neu-Kommunisten wurden bald handgreiflich. Am lautesten schrien die, die beim Rapp-Putsch erklärt haben, ihr Leben wäre ihnen lieber als die ganze Revolution, und wegen Streikbruchs aus der demokratischen Organisation der Anstreicher ausgeschlossen wurden.

Die drei Vorstandsmitglieder und mehrere Delegierte versetzten hierauf das Lokal und tagten in einem andern Lokal weiter. Der Kreisvorstand wurde neu konstituiert und nun beginnt für die 13. Sitzung, die auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms, auf dem Boden der Diktatur des Proletariats steht, die Arbeit. Die Neu-Kommunisten werden über ihren Wahlschraub und Wahlbetrug ihr blaues Wunder erleben.

Friedrich Adler zur Frage der Internationale.

In einer sozialdemokratischen Parteiverammlung führte Friedrich Adler unter lebhaftem Beifall aus, daß die Sozialdemokraten in den Nationalrat als Oppositionspartei eintreten. Die Methode der Moskauer Kommunisten, innerhalb der Sozialdemokratie kommunistische Ketzereien zu errichten, werde sich die österreichische Sozialdemokratie nicht gefallen lassen. Die 3. Internationale sei nichts anderes als eine Zentralorganisation kommunistischer Parteien aller Länder. Der kommende Parteitag werde nur erklären können, daß die österreichische Sozialdemokratie der 2. Internationale nicht mehr angehöre, es aber auch ablehnen müsse, der 3. Internationale beizutreten. Ich erwarte, fuhr der Redner fort, daß der Parteitag den Parteivorstand beauftragt wird, eine Konferenz zu organisieren, zu der sich jene Parteien einfinden, die, wie die österreichische, weder der 2. noch der 3. Internationale angehören. Hierzu gehören vor allem die Franzosen, die Schweizer, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die Deutsche Sozialdemokratie in der Tschecho-Slowakei und die Rechtswahlgänger Deutschlands. Die auf dieser Konferenz vertretenen Parteien werden keine 4. Internationale bilden, sondern die Mittel suchen, um den bisherigen Irrtümern auszuweichen. Nicht nach dem Typus der Parteien, sondern nach dem Typus des Arbeiterrates wird die fünfte Internationale ausgehandelt werden müssen.

Der Austritt der Sozialdemokraten aus der österreichischen Regierung.

Wie die Wiener Arbeiterzeitung berichtet, beschäftigte sich der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten in einer Sitzung mit der durch den Ausfall der Wahl geschaffenen Lage. Im Verlauf der Sitzung erliefen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder um die Zustimmung, angesichts der neuen politischen Lage ihre Ämter als Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre niederzulegen. Der Verband faßte darüber einstimmig folgenden Beschluß:

Die Koalition zwischen der sozialdemokratischen und christlichsozialen Partei ist im Juni geschleiert; damals hat der Verband die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung aufgefordert, die Regierung zu übernehmen. Da sie sich weigerte, diese Pflicht zu erfüllen, war überhaupt eine Regierungsbildung unmöglich, daher mußte die Nationalversammlung aufgelöst werden, damit die Wähler selbst entscheiden, ob die christlichsozialen oder die Sozialdemokraten die Regierung zu bilden haben. Nunmehr haben die Wähler entschieden. Nach demokratischen Grundsätzen liegt den christlichsozialen die Pflicht ob, die Regierung zu übernehmen; der Verband lehnt jede Teilnahme an dieser Regierungsbildung ab. Das Proporzabkündigen, das nur zu dem Zwecke geschloß wurde, die Wahlen durchzuführen, hat seine Aufgabe erfüllt; der Verband ermächtigt daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung, ihre Ämter niederzulegen und die Verantwortung für die Fortführung der Geschäfte abzulehnen.

Wie wir bereits meldeten, haben die fünf sozialdemokratischen Volksbeauftragten auf Grund dieses Beschlusses ihre Ämter zur Verfügung gestellt und der Präsident hat die Entbindung von weiteren Funktionen ausgesprochen.

Der Kampf um die Dieselmotoren.

Auf eine Anfrage zu dem Stande der Dieselmotoren-Angelegenheit erklärte der Handelsminister im bayerischen Landtag, daß die Gefahr eines Bauverbotes für die Dieselmotoren als abgewendet bezeichnet werden könne. Die Reichsregierung werde aber weiterhin nichts unterlassen, um auch die Gefahr einer Verzögerung der ursprünglich für Unterseeboote, aber nach dem Friedensschluß zur Verwendung für Industriezwecke freigegebenen Motoren zu erwirken.

Ein deutsch-polnisches Abkommen.

Der polnische Gesandte in Berlin hat mit der deutschen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach Deutschland ab 3. November d. J. besondere Eisenbahnzüge zur Rückkehr der polnischen Internierten aus dem Gefangenenlager Minden, die während des Bolschewistenangriffes über die deutsche Grenze kamen, zur Verfügung stellt.

Vor nationalistischen Pulsen in Italien?

Dem Berliner Tageblatt wird über Basel berichtet, in Italien seien nationalitisch-militaristische Pulsen geplant, an deren Spitze Annunzio stehe. Die Idee Annunzio drohe offen mit militärischem Widerstand gegen die auswärtige Politik der italienischen Regierung, falls diese auf Dalmatien verzichte. Auch der Avanti weist auf militärische Pulsen hin. Die Befehlstruppen von Zara, Trieste, Pola und Triest, zusammen 10000 Mann, würden den Kern der militärischen Bewegung bilden. Aber auch in Rom, Bologna, Mailand und anderen bedeutenden Städten Italiens beabsichtigen die Kriegsteilnehmer, sich zusammenzuschließen. Die Stadt Triest ist, wie bereits gemeldet wurde, schon militärisch besetzt worden, um einer nationalitischen Ueberumpfung vorzuzukommen. Die Verbindungen mit Triest sind militärisch gesperrt.

Die Lage im Osten.

Polnische Grenzfälle in Bliawen.

Rowno, 26. Oktober. Die litauische Telegraphenagentur meldet: Der polnisch-litauische Grenzengenaustausch hat bereits begonnen. Gestern kam der erste Transport in Bliawen an. Die Gefangenen sind vollständig ausgeplündert. Flüchtlinge von jenseits der Front melden, daß die Soldaten Zeligowski die Einwohner in grauenhafter Weise terrorisieren. Am meisten haben die litauischen Geistlichen zu leiden, die fast sämtlich gefangen gefahrt wurden, so daß ganze Kirchspiele ohne Geistliche sind. Einige von den Geistlichen sind erschossen worden. Manche Dörfer sind ganz niedergebrannt worden, wie zum Beispiel Wierzejewitz, Raubomons, zwei Dörfer in dem Kirchspiel Perlojus u. a. Die Bewohner werden in namenloser Weise ausgeplündert, oft werden ihnen die gesamten Lebensmittel fortgenommen.

Erfolgreiche ukrainische Offensive.

Berlin, 26. Oktober. Den amtlichen ukrainischen Heeresberichten vom 20. und 21. Oktober zufolge hat die ukrainische Gegenoffensive ansehnliche Erfolge in östlicher und südöstlicher Richtung gezeitigt. Ostwärts haben die ukrainischen Nationaltruppen bei Winniza und Cholonow die bolschewistische Front durchbrochen, die Eisenbahnlinie Schmerinka-Kiew überschritten und sind gegen Berditschew tief in die feindliche Etappe eingedrungen. Die Stadt Winniza, sowie der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Rosjatsk auf der Linie Kallinowka-Kiew wurden erobert. Südwärts wurde nach harten Kämpfen die feindliche Front bei Bar und Jaroslaw durchbrochen. Hier zieht sich der Feind fluchtartig auf dem ganzen Abschnitt zwischen Schmerinka und Mohylnew in Richtung Wagnjarka zurück. Die ukrainischen Truppen haben die Ortschaften Duzyn und Jazuga am Dnepr besetzt und marschieren auf Jampol.

Deutschland.

Neue Bestimmungen über Strafsatzungen und Strafverweise.

Wie der Lokalanzeiger erfahren haben will, überträgt eine allgemeine Verfügung des Justizministers einem Erlass der preussischen Staatsregierung entsprechend den erkrankenden Gerichten die Strafsatzungen, den Widerruf und den Erlass der Strafe, soweit Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten in Betracht kommen. Selbst in den Fällen, in denen der Justizminister sich die Strafsatzungen vorbehalten hat, sei eine weitgehende Mitwirkung der erkrankenden Gerichte vorgezogen.

Auslieferung deutscher Rheinschiffe an Belgien. Wie die Brüsseler Gazette mitteilt, sind 110 Boote des Rheinischen und Maaslonde, Eigentum von unter Seeunternehmern, in Belgien, dem Hord Royal Belge ausgeliefert worden. Mit diesen Booten werde ein Dienst Anzuwenden-Strabura einrichtet.

Waffenfund in Oberschlesien. Nach einer Meldung aus Rattow förderte eine plötzliche Revision im Schlaubau zu Schoppitz Waffen mit reichlicher Munition utage. Fünf Inzassen wurden verhaftet und zwei von ihnen als verdächtige Banditen aus dem Kreise Weichsel gefasst.

Verkauf russischer Juwelen in Berlin. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind dort russische Juwelen im Werte von 8 1/2 Millionen Mark durch die Berliner Sowjet-Vertretung verkauft worden. Der Erlös soll zu Propagandazwecken verwendet werden.

Austritt des österreichischen Gesandten in Berlin. Professor Dr. Rudo Hartmann, der österreichische Gesandte in Berlin hat im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Dr. Renner als österreichischer Staatssekretär das Neuern, sein am 1. August bereits eingereichtes Rücktrittsgesuch erneuert und den Staatssekretär Dr. Maier, der provisorisch das Staatsamt des Neuern in Wien führt, um mögliche schnelle Ernennung seines Nachfolgers gebeten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Wie der New York Herald, Conrant aus London meldet, ist es in Belfast aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters von Cork zu Unruhen gekommen. Die Gegner der Sinnfeiner verbündeten das Biken von Trauerschwarz. Bei den entflammenden Schießereien wurde ein Bürger getötet. Im Gefängnis zu Cork ist wieder ein Sonnenkreuzer gestorben. In London ist eine Leichwache von 60 irischen Freiwilligen eingetroffen, um die Leiche des Bürgermeisters von Cork nach Irland zu geleiten. - Aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters von Solinas hat die Stadt Cort öffentliche Trauer angelegt. Alle amtlichen Bureaus wurden geschlossen. - Aus New York wird berichtet, daß der Tod des Bürgermeisters von Cork unter den Iren in New York große Erregung hervorgerufen hat. Verschiedene irische Gewerkschaften erließen einen heftigen Protest. Es werden Irenversammlungen angekündigt.

Gemeinderatswahlen in Italien.

Nach einer Meldung aus Rom erhielten bei den Gemeinderatswahlen nach den bisherigen Ergebnissen von 4560 Gemeinden 2367 eine bürgerliche und 1270 eine sozialistische Mehrheit.

Die belgischen Sozialisten für die weitere Beteiligung an der Regierung?

Wie Davas aus Brüssel meldet, soll sich demnächst ein belgischer Sozialistentag über die Frage der Teilnahme der Partei an der Regierung auszusprechen. Am Sonntag fanden bereits in Brüssel und in der Provinz Bezirksversammlungen statt, bei denen sich in Brüssel eine geringe Stimmzahl gegen, in der Provinz eine große Mehrheit für die Teilnahme an der Regierung ergab.

Lord George und die „Kleine Entente“.

Basel, 26. Oktober. (TU.) Nach einer Pariser Meldung des Secolo hat Lord George nach der ihm vom rumänischen Minister des Neuern Late Jonestz erteilten Aufforderung die „Kleine Entente“ anerkannt.

Der König von Griechenland, der kürzlich von einem Affen gebissen und danach an einer Ruhrerkrankung erkrankte, ist genesen. Angehts der verworrenen Zustände in Griechenland ist es wahrscheinlich, daß es um den Nachfolger zu großen politischen Kämpfen kommen wird.

Streikruhen in Indien. Einer Reutermeldung aus Bombay zufolge kam es zwischen ausländischen Straßenbahnkassierern und Polizisten zu Zusammenstößen, bei denen 13 Personen, darunter 2 Polizisten, verletzt wurden.

Verletzung der Militärdienstzeit in Frankreich? Nach einer Davos-Meldung aus Paris hat der Präsident den Obersten Rat der nationalen Verteidigung zusammenberufen, der darüber entscheiden soll, ob die Dienstzeit in Zukunft 18 Monate oder 2 Jahre betragen soll.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Der erfundene Raubüberfall. Wegen gemeinschaftlichen Raubes waren der Arbeiter Willy Frenzel und der Gelegenheitsarbeiter Alfred Raue, beide aus L. Lindenau, angeklagt. Die Angeklagten haben am 20. Mai 1920 bei der Ehefrau des Gutsarbeiters Rathemann in Podelwitz um ein Stückchen Brot angesprochen, sind von der Ehefrau aber abgewiesen worden. Nach der Anklageurkunde wären die beiden Angeklagten in die Wohnung eingedrungen, hätten die Frau an den Hüften und Händen gefesselt und die auf dem Tisch stehenden drei Pfund Zucker und ein Pfund Butter mitgenommen. Später sind die Angeklagten verhaftet worden. In der Verhandlung sagt die Hauptzeugin, Frau Rathemann, unter Eid aus, daß sie den Raubüberfall erfunden habe, um sich vom Gemeindevorstand die angeblich gestohlenen Sachen nochmals geben zu lassen. Sie habe, nachdem die beiden Angeklagten bei ihr vorgeprochen hätten, sich selbst an den Händen gefesselt, nachdem sie erst die Wohnung verlassen und den Schlüssel zum Fenster hinausgeworfen hatte. Darauf sei sie ans Fenster gegangen, um eine Frau zur Hilfe zu rufen, die sie von ihren Fesseln befreien sollte. Der Ehemann der R., der von dem Vorkommnis benachrichtigt wurde, ist den beiden Angeklagten nachgeföhren und hat ihre Verhaftung veranlaßt. Von dem wahren Sachverhalt hat er von seiner Frau erst kurz vor der Verhandlung erfahren.

Anfang Oktober ist bei der R. angeblich gestohlen worden. Auf Vorhalt des Gendarmeriewachmeisters hat sie zugestanden, daß sie diesen Diebstahl selbst ausgeführt habe, um den von ihr begangenen Diebstahl von 200 Mk. aus einem verlassenen Kasten eines im Hause wohnenden polnischen Arbeiters zu vertuschen. Bei dieser Gelegenheit habe sie auch die falsche Anklageurkunde der beiden Angeklagten gegeben. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten frei, von denen einer nun mehrere Monate unglücklich in Untersuchungshaft gesessen hatte. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Frau Rathemann sofort verhaftet.

Um mehr Recht zugewiesen zu erhalten hatten der Bäckermeister Thieme und seine Ehefrau in Klitten Gulshelme zur Rechtsbesserung gefälligst. Im September 1919 sind von den Angeklagten zwei Scheine der Amtshauptmannschaft über nachträglich abgelieferte Kundenkarten inoffen gefälligst worden, daß auf dem einen Schein, statt der tatsächlich abgegebenen Kundenkarten die Zahl 24 in 224, auf dem anderen die Zahl 50 in 350 umgewandelt worden ist. Der Ehemann behauptet, daß er diese Fälschung nicht vorgenommen habe, sondern seine Frau, die die Markengeldscheine besorte. Der Schriftsachverständige bestreitet, daß die vorgelegten Kopien von der Ehefrau geschrieben worden seien, sondern vom Manne geschrieben sein müssen. Das Gericht erklärte in dem Vorgehen der Eheleute Thieme gemeinschaftliche Urkundenfälschung und verurteilte den Ehemann zu drei Monaten Gefängnis und die Ehefrau zu zwei Monaten Gefängnis.

Schöffengericht

80 Treibriemen im Werte von 2000 Mark gestohlen. Die Leipziger Baumwollspinnerei A. G. hatte, um sich vor Treibriemen- Diebstählen zu bewahren, die Treibriemen der stehenden Maschinen abnehmen und in einem besonderen Kasten verwahren lassen. Mit der Verwahrung hatte die Firma den seit 15 Jahren bei ihr beschäftigten Maschinenführer Josef Elendang betraut. Dieser hatte sich nun wegen fortgesetzten Diebstahls vor dem Schöffengericht zu verantworten. In der Verhandlung schob der Angeklagte die ganze Schuld auf den inzwischen verstorbenen Obermeister R. Einem Tausch sei der Obermeister R. an ihn herangetreten und habe ihn zu einem Glas Wein nach dem „Wingereker“ eingeladen, dem er auch Folge geleistet habe. Dort habe der R. mit einem Ausländer geessen und ihm den Vordruck gemacht, er möchte dem R. die Treibriemen aus dem Kasten geben. Nach langem Sträuben und unter der Wirkung des Weines habe er sich dann bereit erklärt dem R. die Treibriemen zu geben. Der Obermeister R. habe dann nach und nach diese 80 Treibriemen bei E. abgeholt. R. habe dem E. gegenüber erklärt, daß er alles verantworten wolle und dem E. auch 100 Mark Schweinegeld geboten. Von dem Gelde will der Angeklagte keinen Pfennig erhalten haben. Das Gericht, das bei dem E. gegebene Schweinegeld nicht prüfen konnte, weil, wie schon erwähnt, der Obermeister R. inzwischen gestorben ist, war der Ansicht, daß dem Angeklagten die größte Schuld beizumessen ist, da er die Riemchen in Verwahrung hatte. Das Urteil lautete wegen fortgesetzten Diebstahls auf sechs Monate Gefängnis.

Von Nah und Fern.

Ein Arbeiterzug verunglückt.

Berlin, 26. Arbeiter. Heute morgen hatte ein in der Richtung Wildpark fahrender Personenzug Bremschaden und mußte infolgedessen am Fernbahnhof Zehlendorf halten, um den Schaden wieder auszubessern. Ein zu der gleichen Zeit herannahender Arbeiterzug bemerkte im Nebel den haltenden Zug nicht und fuhr auf ihn auf. Der Gepäckwagen ist vollständig zertrümmert worden. Drei Tote und zwei Verletzte sind bei dem Eisenbahnunfall zu beklagen. Unter den Toten befindet sich ein Ehepaar aus Düsseldorf. Der andre Tote ist ein Schichtmeister aus Berlin. Zu dem Eisenbahnunfall wird von der Eisenbahndirektion mitgeteilt, es liege ein Verschulden des Fahrgastleiters vor, der den Arbeiterzug zu früh vom Bahnhof Zehlendorf-Witte abgefahren habe. Wegen des beschuldigten Beamten wird von der Staatsanwaltschaft Klage erhoben werden.

Ein Hochzeitsgesellschaft ertrunken. Chrilkiana, 26. Oktober. Bei Soolaner in den Lokalen fuhr ein Motorboot, in der sich eine Hochzeitsgesellschaft befand, auf eine Klippe und sank. Elf Personen, darunter das Brautpaar, ertranken.

Der Simpson-Explosion in Brand. Wien, 26. Oktober. (T. A.) Auf der Station Pinkowce (Kroatien) geriet der Simpson-Explosion in Brand. Der Pack- und Postwagen wurden vollständig zerstört. Pakete im Werte von mehreren Millionen wurden vernichtet.

Größter Feuer. Stuttgart, 26. Oktober. Durch ein Großfeuer wurde heute vormittag der Rohmagazinbau der Neckarölmer Fabrikwerke in Neckarsulm zerstört.

Reiflerplosion auf einem französischen Dampfer. Paris, 26. Oktober. Nach einer Meldung des Welt Parthen aus Cherbourg ereignete sich gestern nachmittags an Bord des Passagierdampfers La France auf hohem Meer eine Reiflerplosion, die 9 Decker tötete und 4 schwer verletzte.

Schwerer Eisenbahnunfall in Siebenbürgen. Budapest, 27. Oktober. Bei Lupani in Siebenbürgen sind zwei Züge zusammengestoßen. Dabei konnten 50 Tote und 200 Verwundete abgezogen werden. Die Katastrophe ist darauf zurückzuführen, daß an Stelle regulärer ungarischer Eisenbahner ungeladene Arbeiter den Weichenwärterdienst verübten.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den sozialistischen Teil: Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

West-Bezirk. Der zweite Abend im Kurhus Herre findet Donnerstag, den 28. Oktober, abends Punkt 8 Uhr, im kleinen Saale des Felsenkellers statt.

Frauentischlerabend Leipzig-Ost. fällt Donnerstagabend zugunsten der Generalversammlung aus.

Achtung! Süd-Bezirk und äußerer Süd-Bezirk. Alle Funktionäre der USV., Richtung Trappenberg, der Ortsvereine Sonnenweg, Döllig, Köhlig, Marktleberberg, Döhlich-Gaußig, 33. Apriler, Crostwitz-Cröber, Galschwig, Großdeuben, Böhmen, Jechmen, Jwanlau, Bösdorf, Eythra und Großholz, wichtige Sitzung morgen Donnerstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant Freise, Bahnhof Galschwig. Ausweis mitbringen. Die Bezirksvertreter.

Gohlis. Frauen! Der nächste Diskussionsabend findet wegen der Verammlung der Genossen Sender erst am 8. November 1920, abends 8 Uhr, im Nidau-Ausschank statt. Am Freitag, dem 5. November 1920, abends 7 Uhr, findet im Neuen Gasthof, Leipzig-Gohlis, Gohliser Straße, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Um starken Besuch der Veranstaltungen wird ersucht.

Volkszeitungsleser von Leutisch.

Wir ersuchen alle diejenigen, die auch weiterhin Leser der Leipziger Volkszeitung bleiben wollen, ihre Adressen bei folgenden Adressen abzugeben:

- Gustav Schmidt, Hauptstraße 87, Loden;
- Kurt Köhler, Schönauer Straße 14;
- Robert Hahn, Berner Straße 4, Loden;
- Ernst Neumann, Lindenauer Straße 30, Loden;
- Wolff Keum, Weinbergstraße 5, III. r.;
- Alfred Kuppert, Waldstraße 5, III. r.;
- Rudolf Fischer, Grenzstraße 18, III. r.;
- Alfred Bettermann, Waisenhausstraße 6, pl. r.

An diesen Stellen werden ebenfalls Mitgliedsrückstellungen der USV. entgegengenommen. Der Vorstand.

Marktraubst. Morgen, Donnerstag, den 28. d. M., abends 7 Uhr, in der Parkstraße Beginn des Betriebsrats-Kurz-Us. Alle Betriebsratsmitglieder und Betriebsobjekte müssen pünktlich erscheinen.

Pumpentum.

Ein sozial denkender Lehrer erzählte folgendes Erlebnis: Ich bringe nach dem Unterricht ein krankes Kind einer Protestantenfamilie nach Hause und erkläre der Mutter, einem jungen Weibe mit mildem, schüchternem Ausdruck, wie man einen Umkleehaken macht. „Ach, Frau A., geben Sie mir doch einmal ein Handtuch. Zeigen Sie mir die Sache besser!“ Sie nimmt von dem Kegel an der Wand ein schmales, verfilztes und nicht mehr ganz sauberes. „Frau A., das können wir dem Kinde doch nicht mehr anlegen. Wollen Sie mir wohl ein reines geben; da brauche ich Ihnen nicht zwei nachzumachen!“ Da steigt es wie ein tiefdunkler Schatten über ihr fülltes Gesicht. Sie steht — denkt — zögert. Endlich geht sie in das Nebenzimmer, schmer und langsam. Nach längerer Pause tritt sie wieder ein und hält mit vor tiefster Verlegenheit niedergeschlagenen Augen und geröteten Wangen in der Hand statt des gemühten Handtuchs einen — blauen kleinen Lappen. Das eine einzige Handtuch war dieser deutschen Hausfrau ganzer Kinnenschatz! — Da dreht ihr Mann sich, der stehend, nur mit Militärhose, Weste und zerrissenem Hemd bekleidet, von einem Papier weg irgend etwas in ihr und legt mit kaltem Humor: „Ja, fast zwei Jahre arbeitslos, ein paar Kinder, das jüngste auf Zeitungspapier; wir sind ordentlich runtergerumpelt! Aber, was glauben Sie, die feinsten Leute haben keine ihre Kleiderorgen. Da lesen Sie mal, unten rechts! Und meine Frau kann's dann auch mal lesen; da liegt sie mehr Sicherheit und Gewandtheit im gesellschaftlichen Auftreten!“ Damit reicht er mir das fertige Einwickelpapier. Ich halte eine Infazetenseite aus der letzten Nummer der Berliner Lustigen Blätter in der Hand und kublere eine große pernitierete Kanaler-annonce: „Soeben erschien in neuer Auflage (18.—21. Tausend) Paul Julius: Was ziehe ich an? mit zwei hochoriginellen, alphabetisch geordneten Kleiderkatalogen für alle Kleiderfragen. Nach diesen Tabellen allein ist jeder in der Lage, die Wahl der Kleidungsstücke (Anzüge, Hüte, Krawatten usw.) vorzunehmen, die guter Geschmack und gesellschaftliche Tradition für die verschiedensten Gelegenheiten (Antrittsbesuche, Festlichkeiten, gesellschaftliche Veranstaltungen usw.) vorschreiben. Die Ratsschlüsse dieses Buches verleihen Sicherheit und Gewandtheit im gesellschaftlichen Auftreten und schützen vor Taktfehlern. 170 Seiten stark mit zahlreichen Abbildungen. Preis gebunden 10 M., gebunden 15 M. In allen Buchhandlungen, Verlag Dr. Cysler u. Co., Berlin SW. 68, Markgrafstraße 77.“ — Da frage ich mich: Wo ist eigentlich das richtige Pumpentum? Bei solchen Reichen oder bei solchen Armen? Da wird nun im Religionsunterricht gepredigt: „Sorget nicht für euren Leib, was ihr anziehen werdet. . . Nach solchem allem trachten die Heiden!“ Kein Wunder, daß ein denkender Mensch seine Kinder nicht mehr an solch bankrottum Unterricht teilnehmen läßt, und daß die Jugend lehrt, daß das Schulamt zwecks Anstellung von Ersatzlehrkräften (Studenten der Theologie Missionare, pensionierten Volksschullehrerinnen usw. D. R.) eine Heberliste verlangt, daraus abgemeldet wird.

Eltern, schick diese Anmeldung nicht etwa an das Schulamt. Gebt euren Kindern einen Zettel mit in die Schule mit der Erklärung, daß sie nicht mehr am Religionsunterricht, sondern an einem religionsgeschichtlichen Unterricht teilnehmen sollen. Das genügt! D. R.

Bureaukratienwirtschaft.

Es lohnt nicht, über die Bureaukraten zu schimpfen, denn die sind ja so verhaßt, daß sie sich wahrscheinlich selbst nicht leiden können. Daher bestreitet jeder, ein Bureaukrat zu sein. Trotzdem macht sich der Bureaukratismus immer breiter. Man begegnet ihm besonders auch in den städtischen Betrieben, wo seine Auswüchse den Bürgerlichen immer neues Material zur Bekämpfung jeder Anregung zur Verstädtlichung liefern. Daher muß diesem Bureaukratismus mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, wie und wo er sich auch zeigen möge. Ein Zweig der städtischen Verwaltung, wo es mit etwas weniger Bureaukratie sicher besser gehen würde, ist das Stadtbad. Die Stadt leistet zu den Bädern erhebliche Zuschüsse. Im Haushaltsplan für 1920/21 sind 270 000 M. Zuschuß eingestellt, doch dürfte der tatsächliche Zuschuß wesentlich höher sein. Mit diesen Zuschüssen erfüllt die Stadt eine wichtige Kulturaufgabe. Trotzdem muß aber die Stadt auch darauf achten, daß der Betrieb nicht allzu viel Zuschuß erfordert. Darauß muß die Organisation des Betriebes mit eingestellt werden. Im Stadtbad scheint man das aber noch nicht allenthalben begriffen zu haben. Dort wickelt sich der Betrieb

so streng nach dem starren Buchstaben der Vorschriften ab, daß man den Eindruck gewinnt, das Stadtbad sei nicht wegen der Bevölkerung, sondern die Badegäste seien wegen des Stadtbades da. So besteht z. B. die Vorschrift, daß im Dampfbad Badegäste an den Vormittagen nur bis 11 Uhr angenommen werden. Der Sinn der Bestimmung ist, daß jeder Badegast Zeit genug zum Baden haben soll, so daß er um 12 Uhr, beim Schluß des Bades, fertig ist. Diese Absicht ist für eine geordnete Regelung der Arbeitszeit des Personals ganz nützlich. Das braucht aber nicht dazu zu führen, daß 7 Minuten nach 11 Uhr kein Badegast mehr angenommen wird. Kommt jetzt ein Badegast einige Minuten nach 11 Uhr, dann wird ihm mit einem bedeutungslosen Blick auf die Uhr erklärt: Badegäste werden nur bis 11 Uhr angenommen. Der Badegast erhebt Einwände, er habe sich der Vormittag verstimmt, er werde bestmöglich um 12 Uhr mit seinem Bad fertig sein, es könne dem Stadtbad schließlich doch gleichgültig sein, ob ein Badegast eine Viertelstunde später badet oder nicht. Das hilft alles nicht: die Vorschriften! Der Gast geht zum Inspektor, trägt dort seine Beschwerden vor — alles vergeblich. Der Inspektor beruft sich auf das Personal! Ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt, aber welches Interesse soll denn das Personal daran haben, daß der Gast unbedingt anderthalb Stunden badet? Das Personal hat ein Interesse daran, daß seine Arbeitszeit eingehalten wird, das andre geht ihm nichts an. Ein Badegast kam 11 mit einer gültigen Badekarte, er hat um Einkauf. Wohlgemerkt: Mit einer vollberechtigten Badekarte hat er um Einkauf. Da gab es erst noch Erwägungen, ob der Gast noch angenommen werden sollte. Der Gast hatte angeführt, er sei von Hamburg auf der Durchreise in Leipzig und wolle sich nur einmal reinigen, er werde gewiß um 12 Uhr wieder aus dem Bade heraus sein. Der Mann hatte Glück, seine Bitte wurde gewährt, er wurde noch angenommen. Rühmlich wird er aber diesen Bittgang beim Personal des Bades nicht gerade empfunden haben. Rühmlich ist es überhaupt nicht, daß in dieser Weise auf den Buchstaben der Badeordnung gepöcht wird. Von dem Stadtbad muß erwartet werden, daß es den Bedürfnissen des praktischen Lebens Rechnung tragen kann, ohne dabei die berechtigten Interessen des Personals zu verletzen.

„Mit deutschen Firmen ist einfach nicht mehr zu verkehren.“

In welchem Maße deutsche Industrielle und Großhändler im Auslande stehen, zeigt ein Brief, den eine Leipziger Firma aus der Schweiz erhalten hat und den uns die Handelskammer zur Verfügung stellt. Es heißt in ihm:

Wir haben allerdings inzwischen den feinerzeit in Aussicht genommenen Auftrag anderweitig in der Schweiz placiert, wir sind aber demnächst wieder im Falle, einen Auftrag zu vergeben und könnten eventuell mit Ihnen in Verbindung treten. Wir machen dabei allerdings eine Bedingung, nämlich diese, daß wir keine Vorauszahlung leisten. Es ist richtig, daß von Ihrer Seite eine Vorauszahlung nicht verlangt wurde. Wir haben aber mit deutschen Firmen allgemein die Erfahrung gemacht, daß die Zahlungsbedingungen Netto Kasse jeweils einträglich so interpretiert wird, daß das Geld vorauszusenden ist, bevor man die Ware abholt. Wir haben dies auch in einem Falle gemacht, dann aber gar nicht die Ware erhalten und hatten in der Folge nur eine Reihe von Unannehmlichkeiten durchzumachen. Leider können wir Ihnen sagen, daß Tausende von Schweizer Firmen ähnliche Erfahrungen mit deutschen Häusern gemacht haben, wie wir. Es herrscht tatsächlich in unserm Lande eine eigentliche Erbitterung gegen die Geschäftspraktiken, wie sie die letzten Jahre hindurch von Deutschland ausgeht wurden. — Es sind uns Firmen bekannt, die Jahrzehnte lang mit Deutschland verkehrten und die heute noch beklagen, daß der Verkehr mit deutschen Fabrikanten und Kaufleuten vor dem Kriege allgemein ein durchaus korrekter war, daß aber jetzt mit bedeutenden und im besten Maße stehenden Firmen heute einfach nicht mehr zu verkehren sei. Die Leute halten sich an keine Abmachungen mehr. Wenn es ihnen paßt, schlagen sie mit den Preisen auf, auch wenn bindende Vereinbarungen getroffen wurden. Die deutschen Fabrikanten verstehen sich hinter ihre Außenhandelsagenten, zu Recht oder Unrecht, gleiche dahingestellt, — kurzum, wer es nicht direkt nötig hat, mit Deutschland heute noch Geschäfte zu machen, der läßt es lieber bleiben.“

Daß durch diese Praktiken vor allem die Interessen der deutschen Industriearbeiter geschädigt werden, braucht nicht ausführlicher dargelegt zu werden.

Der Wirtschaftshof des Lazarets.

Als am 15. Oktober die Verwundeten und Kranken des Versorgungs-Lazarets 2/1a (Kaserne 108) über die Befähigung Beschwerde führten, verlangten sie, wie man uns schreibt, den Zutritt zu dem sogenannten „Wirtschaftshof“ des Lazarets. Dort fanden sie folgende, nicht auf rechtmäßige Weise dorthin gelangte Waren: 18 große Blöcke kondensierte Milch, circa 30 Kilogramm Sardinen in gutem Zustande, circa 25 Kilogramm Graupen und circa 2½ Zentner Kartoffeln. Der im „Wirtschaftshof“ befindliche Schuppen, der für Feuerung und Geräte bestimmt ist, dient als Stallung für 4 Schweine, 19 Kaninchen, 12 Fühner 7, 2 Enten, 1 Ziege und 1 Waghund. Dieses Vieh wurde mit Lebensmitteln des Lazarets gefüttert. Zur Pflege der Tiere wurde ein Arbeiter des Lazarets verwendet; wenn man die Hälfte seiner Arbeitszeit für die Pflege der Tiere berechnet, so ergibt dies eine Mehrleistung von 6000 M. auf das Konto der Verwundeten und Kranken. Dieses gehaltene Vieh gehört nicht dem Lazarett, sondern ist Privateigentum von drei Angestellten und zwei Arbeitern des Lazarets. Weiter ist zu bemerken, daß das Versorgungsamt Leipzig von dem Vorhandensein des „Wirtschaftshofes“ nichts weiß und der Betriebsrat erklärte, daß er in diesem Falle nicht eingreifen könnte. Der „Wirtschaftshof“ und die dort gefundenen Lebensmittel sind von den Kranken mit Beschlag belegt. Am 18. Oktober verlangten der Chefarzt, Herr Dr. Hennig, und der Betriebsrat die Herausgabe der Schlüssel und der gefundenen Lebensmittel. Da der frühere Vertrauensrat sich weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen, wurde ihm erklärt, daß er sich einer strafbaren Handlung schuldig mache, wenn er die geforderten Dinge nicht herausgäbe. Die Kranken und Verwundeten erwarten, daß die vorgelegten Behörden diese Anforderungen unterstützen.

Zucker mit Salz gemischt.

Der Konsumverein Leipzig-Döllig fand, daß der ihm gelieferte Zucker stark mit Salz vermischt war. Bei der Untersuchung wurden 2 Prozent Salz festgestellt. In einer Beschwerde des Konsumvereins an die Zuckerverteilungsstelle wurden Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Darauf antwortete die Zuckerverteilungsstelle:

„Die von ihnen veranlaßte Untersuchung hat ergeben, daß die überhandte Probe circa 2 Prozent Kochsalz enthält. Es ist dies

keine Beschädigung des Zuckers, welche die Verwendbarkeit desselben ausschließt. Der während der Kriegszeit wegen des Rohzucker- mangels an die Bevölkerung von Norddeutschland vielfach aus- gegebenene Rohzucker enthielt bekanntlich auch Galle und schmeckt nicht um ein Deut besser, als der uns bezaubernde Zucker. In solchen Zeiten der Zuckerknappheit dürfte man keineswegs so leicht zu Wege gehen, wie es in dem vorliegenden Fall zu sein scheint. Mit jedem Fall würden wir die uns in Aussicht gestellten Schadenersatzansprüche, da angeblich Mus, Früchte usw. verbraucht sein sollten, ablehnen, da durch die geringe Beimischung von Salz keineswegs ein Verdurben von Mus und Früchten möglich ist. Wir bitten dies auch Ihrerseits zu tun!“

Die Zuckerverteilungsstelle macht es sich sehr bequem. Bei den künftigen Zuckerpreisen können die Konsumenten doch wohl erwarten, daß sie nicht mit einem Gemisch von Zucker und Salz bedacht werden, denn Salz ist bekanntlich viel billiger als Zucker. Wenn ein privater Händler solches Gemisch verkauft, dann müßte die Behörde wegen Betrug einschreiten.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Mitteilung über die Geschäftsbewegung im Monat September 1920.

Die Ortskrankenkasse zählte am 30. September 210 567 (208 785) Mitglieder und zwar 116 970 (115 011) männliche und 93 597 (93 874) weibliche Personen. Hieron entfielen 17 970 Mitglieder auf die Erwerbslosen. Rechnungen einschl. zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gingen ein: 29 250 (36 432) und zwar 14 701 (20 875) An- und 14 549 (15 557) Abmeldungen.

Mitgliedsbeiträge waren 2100 (2498) auszufertigen. Kranken- anmeldungen erfolgten von 3199 (3076) männlichen, 4010 (3721) weiblichen erwerbsfähigen Mitgliedern einschl. 476 (481) Wöchnerinnen. Krankenhauspflüge erhielten 718 (729) Mitglieder, also der 10. Teil der sämtlichen erwerbsunfähig erkrankten Mitglieder. An Kranken-, Haus- und Wohnungsgeld wurden im Monat September 2 701 888,54 M. (600 977,51 M.) gewährt, außerdem 64 551,19 M. (23 603,63 M.) an Sterbegeld und zwar 56 971,19 M. (19 123 63 M.) für Mitglieder und 7 580,— M. (4 480 M.) für Angehörige. Die Ausgaben für das Wohnungsgeld im September 1920 sind: für Wochenhilfe, Entbindungskostenbeitrag und Beihilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden an 467 Mitglieder 205 309,71 M., an 273 Familienangehörige 774 479,00 M. und an 60 Winterheimbesucher 12 459,75 M., zusammen also 982 248,46 M. Im Monat September 1920 entfielen ca. 110 658 M. bare Unter- stützungen auf einen Tag. In den 9 Monaten des laufenden Jahres wurden an Kranken-, Haus- und Wohnungsgeld zusammen 11 549 834,70 M. (4 590 728,40 M.) und an Sterbegeld 315 910,83 M. (268 478,97 M.) ausgezahlt. Die vollen Rechnungen der Kasse erhielten 77 Mitglieder. Von den 20 angestellten Krankenträgerinnen wurden 16137 und seitens der freiwilligen Krankenträger noch den hier vorliegenden Mitteilungen 11644 Besuche gemacht. Wegen Zuwiderhandlungen gegen die Satzung wurden von den Krankenträgerinnen insgesamt 933 schriftliche Anzeigen erlassen.

Im Berichtsmonat fanden Aufnahme:

im Gesundheitsheim Augustusbad	52 männl.,	48 weibl. Mitglieder
in der Heimstätte Giesberg	—	39
„ „ „ Förstel	—	33

In Summa: 52 männl., 119 weibl. Mitglieder des Vorjahres.

Die Mitgliederversammlung der U. S. V. D. in Leipzig, die in voriger Woche infolge des Verhaltens der Kommunisten nicht tagen konnte, fand nunmehr am Dienstag statt. Selten ist eine Versammlung so gut besucht gewesen wie diese. Ein ausgezeichneter Geist beherrschte sie, und die Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Diese paar Stimmen waren eine kommunistische Felle. Die sich eingefunden hatte, aber sofort den Saal verlassen mußte. Kommunisten haben eben in Mitgliederversammlungen der U. S. V. D. nichts zu suchen.

Wir teilen noch mit, daß in Leipzig nur nachstehende Personen berechtigt sind, Abbonnementsgelder für die Leipziger Volkszeitung entgegenzunehmen: Wittig, Pfeifer, Martin, Thale. Diese Aus- träger nehmen auch Bestellungen auf die Kumpferin entgegen. Folgende Personen können als Aussträger der Leipziger Volks- zeitung nicht mehr in Frage: Hartmann, Riedel, Thiemig, Keilner, Wackill, Tänzer, Frk. Hempel, Frk. Stöbe.

Alle USV.-Älternräte der Leipziger Volksschulen treffen sich morgen (Donnerstag) abends pünktlich 1/2 7 Uhr im Saale des Bildungsinstituts, Braustraße 17, I. Etage, zu einer wichtigen Besprechung. Parteilich legitimiert! Da der Saal 1/2 8 Uhr wieder frei sein muß, beginnt die Besprechung pünktlich 1/2 7 Uhr.

35. Volksschule. Elternratswahl. Sitzung. Wählerlisten nachlesen. Sie liegen aus dem 25. bis 30. Oktober in der Zeit von 8 1/2 und 3—5 Uhr in der Schule. Wahltag: Sonntag, 31. Oktober, von 10—2 Uhr, in der 35. Volksschule. — Anhänger der weltlichen Schule wählt Liste I: Schöllner, Lehrer usw.

Elternabende. 1. Volksschule: Freitag, den 29. Oktober, abends 1/2 7 Uhr, im Schulleale über Berufsberatung (Herr Kroneberg). — 32. Volksschule: Freitag, den 29. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im Schulleale: über Berufsberatung (Ober- lehrer Trint). —

Elternratswahl. Die Elternratswahl der 35. Volksschule erfolgt am 31. Oktober, von 10 bis 2 Uhr. Wahllisten liegen aus vom 26. bis 30. Oktober von 8 bis 12 Uhr, vom 26. bis 30. Oktober auch von 3 bis 5 Uhr.

Gegen die Regiarbeit in städtischen Betrieben wandte sich die Tischlerzwangsinnung zu Leipzig in ihrer letzten Quartals- versammlung. Sie stimmte einer Entschlüsselung zu in der es heißt, die Versammlung der Tischlerzwangsinnung zu Leipzig ver- urteilt entschieden, daß die Stadtverwaltung Tischlerarbeiten in eigener Regie übernimmt. Sie fordert, daß die Tischlerarbeiten für die Stadtverwaltung zu einem angemessenen Preise an die Innungsmitglieder vergeben werden. Sie verurteilt weiter ganz entschieden jede Kommunalisierung des Handwerks.

Die Kommunalisierung des Handwerks ist erforderlich im Interesse der Gemeinde und der Arbeiter. Deshalb muß sie kommen, auch wenn das einigen Innungsgemeisern nicht gefällt. Hier kommt lediglich in Frage, was der Allgemeinheit nützt.

Heimstättenkursus der deutschen Beamtenchaft. Wie man uns mitteilt, hat sich die deutsche Beamtenchaft in ihrem Heim- stättenrat ein Organ geschaffen, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, an der Neuordnung der Verhältnisse auf dem Bau- und Wohnungsgebiet mitzuhelfen. Das Heimstättenrat hat in der Zeit vom 18. bis 24. Oktober 1920 einen Heimstättenkursus in Berlin veranstaltet, dessen Zweck es war, das Verständnis der deutschen Beamtenchaft für diese Fragen zu wecken. Eine der dringendsten Aufgaben ist es, den Familien, die in Notquartieren leben, eine menschenwürdige Wohnung zu geben und hiermit mit dem bisherigen Bauystem zu brechen.

Die Bestimmungen über den Verbrauch von Kohle sind vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung einer Neuregelung unterzogen worden. Die neuen Bestimmungen treten am 1. No- vember ds. Js. in Kraft. Es wird hierzu auf die im amtlichen Teil der vorliegenden Nummer abgedruckte Bekanntmachung verwiesen.

Die Einsichtnahme in die Wählerlisten. Obwohl die Land- tagswähler durch amtliche Bekanntmachung und fast täglich durch die Tageszeitungen auf ihre Pfllichten, die Landtagswählerlisten einzusehen, hingewiesen worden sind, haben von den mehr als 400 000 Wahlberechtigten Leipzigs nur 85 140, das sind 21 1/2

antwortlichen der Leipziger Volkspartei, Genossen Kießner, ihre Ergebung. Die beiden Kläger stellten sich durch eine in der Leipziger Volkspartei abgedruckte gewerkschaftliche Zuschrift befehligt, weil darin behauptet worden war, die Kläger wollten aus parteipolitischen Gründen den Metallarbeiterverband zerlegen, und weil sie in diesem Zusammenhange als Arbeitervertreter mit kompromittierter Vergangenheit bezeichnet worden waren.

Genosse Kießner führte zu seiner Verteidigung kurz folgendes aus: Der Stuttgarter Verbandsrat der Metallarbeiter brach mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft und wählte einen Vorstand, der in seiner Mehrheit auf dem Boden des Kampfes steht. Parteipolitisch betrachtet, bedeutete dieses eine schwere Niederlage der Rechtssozialisten, denn ihr Einfluss auf die Mitglieder des Verbandes wurde damit gebrochen. Deshalb versuchten die Rechtssozialisten mit allen Mitteln, die Einwirkungen des Verbandes wieder in die Hände zu bekommen, bezw. den neuen Vorstand wieder zu stützen. Sie gründeten innerhalb des Verbandes eine eigene Organisation mit einem eigenen Organ. Eine willkommene Gelegenheit, dem Hauptvorstand Schwelger seinen zu bereiten, fand sich, als derselbe gezwungen war, weitere Mittel zur Führung des Kampfes flüssig zu machen. Auf einer Vertrauensversammlung des Verbandes Ende Februar 1920 wurde einstimmig beschlossen, eine Urabstimmung über eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Hiergegen ließen die Kläger Sturm; sie lammernten sich an die Vorarbeiten des Statuts, wonach eine Urabstimmung nur von einer Generalsammlung eingeleitet werden darf. Damit hofften sie einen außerordentlichen Verbandstag erzwingen und weiterhin den Hauptvorstand wieder stützen zu können. Durch die Beitragsverhöhung, glaubten sie, sei die Stimmung der Mitglieder wieder umgewandelt. Gesang diese Absicht, denn mühte auch die rechtssozialistische Partei wieder größeren Einfluss gewinnen. Die Verweigerung der Mittel zur Führung des Kampfes, so führte Kießner weiter aus, sei, objektiv betrachtet, ein Verstoß an den Interessen der organisierten Metallarbeiter gewesen. Ihrer parteipolitischen Interessen halber hätten die Kläger die Gefahr der Zerstückelung des Verbandes heraufbeschworen. Sachlich sei deshalb die Kritik an dem Vorgehen der Kläger völlig berechtigt gewesen. Im übrigen habe die Redaktion der Leipziger Volkspartei keine Verantwortung gehabt, an der Schärfe des Ausdrucks etwas zu mildern, weil die Zuschrift aus Gewerkschaftskreisen kamme und weil die Kritik nicht die sittliche oder moralische Qualität der Kläger zum Gegenstand hatte, sondern ihre politische und gewerkschaftliche Tätigkeit. Es sei in Arbeiterkreisen nicht üblich, bei Angriffen bürgerliche Gerichte anrufen, sondern sich zu verteidigen und von den Bormütern zu reinigen.

Die Kläger machten demgegenüber geltend, daß der Hauptvorstand berechtigt gewesen sei, Extrabeiträge auszufordern. Sie hätten durch ihren Protest einen außerordentlichen Verbandstag erzwingen wollen, um den Hauptvorstand wegen des vielen Streiks zur Rechenschaft ziehen zu können. Auch der neue Hauptvorstand arbeite im Sinne der Arbeitsgemeinschaft. Er müsse doch bei Tarifabschlüssen usw. auch mit den Unternehmern verhandeln. (1) Durch den Artikel sei die öffentliche Ordnung gefährdet gewesen, die Kläger wären in Dresden an ihrem Leben bedroht worden. Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Giese, Dresden, ersuchte um eine exemplarische Strafe; er müsse die verheerende Tendenz der Leipziger Volkspartei in Betracht gezogen werden. Unser tief dankbarstehendes Wirtschaftslieben bedürfte dringend der Ruhe, um gesunder zu können. Durch solche Artikel würde aber der Gesundheitszustand gefährdet.

Der Artikel lautete auf 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten; auch können die Kläger das Urteil in der Leipziger Volkspartei, in der Dresdener Volkspartei und in der Metallarbeiterzeitung veröffentlicht.

Nach diesem Urteil werden sicher die Metallarbeiter von der Selbstkritik der rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer voll überführt sein.

Einheitliche Fleischpreise.

Aus Bautzen wird berichtet: Für das gesamte Borsparungsgebiet der sächsischen Oberlausitz wurden in einer Versammlung in Bautzen beschlossen, einheitliche Fleischpreise einzuführen. Der Versammlung wohnten aus den vier Amtshauptmannschaften Borsdorf, Altitzsch, Kamenz und Löbau Vertreter der Landwirtschaft, Verbraucher, Fleischer und Händler bei. Da man für das gesamte Gebiet gleiche Kartoffelpreise beschloß und damit bisher gute Erfahrungen gemacht hat, so soll nunmehr auch der Fleischpreis einheitlich gestaltet werden. Es wurde beschlossen, folgende Preise als angemessen ansetzen zu lassen: Rindfleisch im Kleinhandel des Pfunds 7 bis 9 Mk., Kalbfleisch 8 Mk., Schweinefleisch 14 bis 15 Mk. Gegenwärtig beträgt der Preis für Schweinefleisch 16 Mk. Diese Maßnahme sollen zunächst noch einmal von den einzelnen Bezirkspreisprüfungsstellen geprüft werden und am 21. Oktober in Kraft treten.

Wenn es in der Preispolitik möglich ist Rindfleisch zum Pfundpreis von 7 bis 8 Mk. zu verkaufen, bleibt es unverständlich, wie man in Großstädten doppelt soviel verlangen kann.

Keine Herabsetzung der Volkseinkunde in Sachsen.

Während in Preußen bekanntlich die Volkseinkunde herabgesetzt werden wird, ist, wie wir erfahren, in Sachsen nichts derartiges geplant. Wenn nicht etwa die einzelnen Städte eine Herabsetzung der Volkseinkunde anordnen, wird keine Veränderung des jetzigen Zustandes eintreten.

Uns der Umgebung Leipzigs.

Zur Spaltung der Partei in Eilenburg.

Nachdem die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie durch verschiedene Abstimmungen sich in ihrer Mehrheit gegen die Annahme der Mosauer Bedingungen entschieden haben, ist es nun auch äußerlich zur Trennung der beiden Parteirichtungen gekommen. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß die Meinungsabgrenzung in Eilenburg bisher in sachlicher Form ausgetragen worden ist. Die Unabhängigen Sozialdemokraten sind sich auch ferner zur Ehre anzuerkennen, nur durch sachliche Argumente auf die Arbeiterkraft einzuwirken und alle persönlichen Streitereien zu vermeiden. Soweit Eilenburger Genossen in Frage kommen, mit denen wir bisher gemeinschaftlich gearbeitet haben, treten wir keinem die ehrliebe Überzeugung ab. Sie glauben, auf einem andern Wege für die Arbeiterkraft wirksamer arbeiten zu können. Es ist von dieser Seite kaum anzunehmen, daß sie in die bolschewistische Verfallens wird und uns durch persönliche Bekämpfung ihre Ansicht schmackhafter zu machen versucht. Die Genossen kennen uns und wissen, daß uns nur unsere ehrliche Überzeugung von ihnen trennt. Für uns sind die Genossen keine Gegner, gegen die wir unseren Kampf einstellen müssen. Unser gemeinschaftlicher Gegner ist der Kapitalismus, die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, und diese gilt es mit allen Mitteln zu unterbrechen. Wir sehen den bestmöglichen Weg fort und werden mit allen Kräften jede Gelegenheit ausnützen, um für die werktätige Bevölkerung herauszufinden und ihr zu helfen, wo es nur angeht. Wir sind der Meinung, daß die Umgestaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und vor allem eine Besserung der erbärmlichen, traurigen Arbeitsverhältnisse der werktätigen Bevölkerung nicht durch Experimente, nicht durch Versuche oder Gutdünken usw. erreicht werden kann, sondern daß nur durch planmäßige, systematische Arbeit, gestützt auf den wissenschaftlichen

Sozialismus, dieses Ziel erreicht wird. Durch Augenblicksentscheidungen läßt sich ein so gewaltiges, so großes Ziel nicht durchführen. Wir verstehen und begreifen die Erregung, leiden wir doch gemeinschaftlich unter diesem elenden Wirtschaftssystem. Aber wir wären gewissenlose Menschen, die keine Verantwortung kennen, wollten wir uns in diesen bolschewistischen Strudel mit hineinziehen lassen. Die Leidenschaft wird verrauschen, die Enttäuschung kommen. Unsere Stellungnahme, die heute manchem unbegreiflich erscheint, wird uns einstmals hoch anzurechnen werden. Die Genossen, die uns jetzt verlassen, werden sich wieder zurückfinden, weil es nicht anders geht. Deshalb werden sie von unserer Seite nicht als Verräter oder Schuft, sondern immer noch als Arbeitsbrüder betrachtet.

In einer Vertrauensmännerziehung gemeinsam mit der Stadtverordnetenfraktion wurde namentlich festgestellt, daß von 100 Parteigenossen 17 der neu-kommunistischen Richtung angehören. Auch hier geschah die Trennung in einer Form, die immer noch die persönliche Achtung der getrennt marschierenden Arbeitsbrüder zuliess. Jeder Teil sah die Notwendigkeit der Scheidung an. Von keiner Seite ist eine verletzende Bemerkung gefallen. Meber die Zusammensetzung und den Wert der Vertrauensmännerziehung werden viele Teilnehmer anderer Parteien als das halbesche Volksblatt. In Ermahnung sachlicher Gründe führt sich dieses Blatt mit wahrer Mut auf einige Personen und übertrifft an Beschimpfungen und Schmähungen und Lügen alles, was von ihm bisher geleistet worden ist. Nur so ruhig weiter. Diese „vornehme Schreierweise“ wird bald ihre Früchte zeigen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten in Eilenburg werden vom 1. November die Leipziger Volkspartei als Partei- und Publikationsorgan einführen. Alle Parteigenossen, die bereit sind, in der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verbleiben, bitten wir, diesen Zeitungswechsel zu vollziehen und für die weiteste Verbreitung der Leipziger Volkspartei zu sorgen. Unser Organ darf keine Tölpelungsorgane für neu-kommunistische Kraftausbrüche sein, sondern eine Bildungsstätte für denkende Menschen. Deshalb müssen wir uns vom Volksblatt trennen und die Leipziger Volkspartei lesen. W. H. Quisch, Eilenburg.

Lehung der Arbeiterkammer.

Am Sonntag, den 17. Oktober 1920, fand im Tauscher Steinbruch eine Lehung der Arbeiter-Samariterbundes der Kolonnen Leipzig, Tauscha und Eilenburg statt. Es beteiligten sich insgesamt 140 Mitglieder sowie der Herr Dr. Hüthner aus Eilenburg. Mit Freizeid und Interesse wurde Hand ans Werk gesetzt und so allen Anwesenden vor Augen geführt, wie notwendig es ist, daß soviel wie nur möglich im Sanitätswesen ausgebildet werden, um in Notzeiten sowie bei jeder Gelegenheit den Anforderungen gewachsen zu sein.

Bezirksverband Grimma.

Es beginnt die Zeit der Regen. Zur Verhütung der sich später einstellenden wirtschaftlichen Schädigungen wird bis auf weiteres nachgefahren, daß in Orten, wo die Maul- und Klauenseuche herrscht, die Wagen zu Wagen zum Pod gebracht werden. Bedingung ist die Seuchenfreiheit der betreffenden Gehöfte.

1. Anauktion. Kartoffeln. Preisverhandlungen mit hiesigen Erzeugern führten zu folgendem Ergebnis: Für gut verlesene Speisekartoffeln wurde nach langem Verhandeln ab Erzeuger 25 Mk. pro Ztr. vereinbart. Vom Rittergutspächter sagen schriftliche Erklärungen vor, wonach derselbe für 26 Mk. pro Zentner, jedoch unvorfesene Kartoffeln in Wagenlabungen an die Gemeinde abgibt. Durch Schwund und Verteilungskosten erhöht sich dieser Preis auf circa 31 Mk. pro Zentner. Der Gemeinderat beschloß, die Ritterguts-Kartoffeln zum ermäßigten Preise von 27 Mk. pro Zentner hiesigen Einwohnern zu verkaufen. Der Höchstbetrag geht zu Lasten der Gemeindefälle. — Entgegen den getroffenen Vereinbarungen haben sich hiesige Landwirte für verlesene Kartoffeln 27 bis 31 Mk. pro Zentner von Einwohnern zahlen lassen. — Hieraus ist ersichtlich, wie die blutdürstige Geldgater bei der Landwirtstreu und Glauben vernichtet hat. — Ferner ergibt sich die dringende Notwendigkeit, daß künftig in der Kartoffelerzeugung andere Wege eingeschlagen werden müssen.

a. Großstädte. Aus dem Gemeinderat. Der Haushaltplan 1921/22 für die Gemeinde, Schul-, Armen- und Feuerfiskalstelle weist 78 000 Mk. Bedarf und 40 000 Mk. Deduktionsmittel (einschließlich Anteil aus Kreisumlagen, Gemeindefällen) auf. Der Höchstbetrag von 78 000 Mk. soll durch Grundsteuererhöhung in Höhe von 100 Pfg. auf die Einheit aufgebracht werden, die am 1. Dezember und 1. Februar fällig ist. Der durch Grundsteuererhöhung zu bringende Teil des Bedarfs der Kirchgemeinde an 1452 Mk. erfordert die weitere Erhebung einer Umlage und zwar in Höhe von 18 Pfg. auf die Einheit. Die Umlage der Gemeinde-, Armen- und Feuerfiskalstellenrechnungen werden richtiggestellt. In zweiter Lesung wird der 5. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Erhöhung der Vermögenssteuer betr., genehmigt. Als Mitglieder für den Wahlvorstand zur Landtagswahl werden die Herren Böhm, Taubert, Bauriegel, Böbel, Ad. Leichter und Vogt gewählt. Als Abgeordnete für die Verbandsversammlung des Elektrizitätsverbandes wird Herr Schumacher, als Stellvertreter Herr Schirmer bestimmt. Die vom Wohnungsausschuß geforderte, vom Kirchenvorstand abgeleitete Abtretung einiger als unbenutzte anstehender Räume in der hiesigen Pfarre, die als Kleinwohnung hergerichtet werden sollen, soll weiterverfolgt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Metallarbeiter.

Die am 20. Oktober im Volkshaus tagende Generalsammlung war sehr gut besucht. Bevollmächtigter Lieberer führte zum Geschäftsbereich aus, daß die Zahl der Mitglieder im 3. Quartal von 36 409 auf 35 549 zurückgegangen sei. Als Ursache des Rückganges bezeichnete er die Demobilisierungs-Verordnungen, durch die ein erheblicher Teil männlicher Mitglieder von Leipzig nach ihrem Wohn- bzw. Arbeitsort vom 1. August 1914 vertrieben wurde. Durch diese Verordnungen wurden eine große Zahl weiblicher Mitglieder ganz aus dem Erwerbsleben herausgedrängt, diese wurden durch die früheren Berufsrichtungen und gingen so der Organisation ebenfalls verloren. Nur ein ganz geringer Teil der Betroffenen tauchte in einer der Unionen oder der KAPD. unter. Der Verlust sei durch zügige Lohnarbeit leicht wieder wettzumachen. — An den zahlreichsten Lohnbewegungen und Streiks waren fast alle Branchen beteiligt. Die erzielten Erfolge entsprächen keineswegs den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die Beschäftigung der Leipziger Metallarbeiter stehe bekanntlich bereits seit einem halben Jahre zurück hinter der Beschäftigung der Metallarbeiter in den Dörfern des Erzgebirges und des Schwarzwaldes. Das hält die von „sozialer Einsicht“ tiefenden Leipziger Metallindustriellen aber nicht ab, unsere Kollegen zu zwingen, die wünschigen Zulagen sich in wochenlangen Streiks zu erkämpfen. Wie stark die Herren sich noch fühlen, sehen aus zahlreichen Mahnungen und Entlassungen von Vertrauensleuten und Betriebsräten hervor. Schiedsprüche des als „Arbeiterfreundlich“ bekannten Leipziger Schlichtungsausschusses will man durch Schließung der Betriebe labotieren, wenn sie für rechtsverbindlich erklärt werden. — An Streikunterstützung wurde im 3. Quartal 78 000 Mk. ausbezahlt. Die Rotationshöfe für Streikende wurden von 6 auf 18 Mark erhöht.

Gegen eine Stimme wurde Kießner den unter Hunger und Fülle lebenden internierten russischen Kolgarbisten 10 000 Mk. zu überweisen.

Mit großer Mehrheit wurde ein von den Kollegen Schäfer und Lorus gestellter Antrag angenommen: „Die Oktoberverwaltung wird beauftragt, in kürzester Frist eine Verammlung zu veranstalten für die Tagungsordnung: Die Gewerkschaften und die 2. Internationale; Referenten: Verbandsvorsitzender Rob. Dikmann und Kurt Lieberer.“

Der Erhöhung der Kartellbeiträge, über die Lieberer referierte, wurde einstimmig ohne Debatte zugestimmt.

In Stelle des nach auswärts verzoogen Kollegen Helmstrotz wurde der Kollege Born (Osten) in die engere Ortsverwaltung gewählt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Leipzig.

Die Arbeiter der chemischen Industrie Leipzigs

nahmen in einer Versammlung am 23. Oktober 1920 Stellung zu den schwebenden Lohnverhandlungen. Aus dem Bericht der Brancheneitung ging hervor, daß sich die Verhandlungen nun schon seit August hinziehen. In Anbetracht der täglich steigenden Preise für die notwendigen Bedarfsgegenstände erklärten die Versammelten, eine weitere Veräuferspolitik der Unternehmer nicht mehr mitmachen zu wollen. Nachgehende Entschließen sie sich, einstimmig die Annahme: „Die Versammlung der Arbeiter der chemischen Industrie vom 23. Oktober 1920 nimmt Kenntnis vom Stand der Lohnbewegung. Sie protestiert ganz entschieden gegen die Verkleppung der Verhandlungen durch den Arbeitgeberverband und fordert sofortige abschließende Verhandlungen vor dem Zentral-Schlichtungsausschuß. Die Verbandsleitung wird gleichzeitig beauftragt alle Maßnahmen zu treffen, um den eventuellen Lohnkampf vorzubereiten. Die Arbeiterkräfte verpflichten sich, die Gewerkschaft dabei zu unterstützen. Insbesondere erachten es die Arbeiterkräfte als ihre Pflicht, die Beschäftigten über den Ernst der Situation aufzuklären.“ Die Kollegen in den Betrieben werden aufgefordert, nach dieser Entschlossenheit zu handeln.

Den Bericht vom Betriebsräte-Kongress gab Kollege Lüttich. Die Versammlung stellt sich in Bezug auf Aufbau und Aufgaben der Betriebsräte einstimmig auf den Boden der in Berlin gefassten Beschlüsse. Die Haltung des Kollegen Lüttich, als Delegierter, wurde gutgeheißen.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Leipzig).

Erfolgreiche Lohnbewegung der Gaswerker in den Leipziger Vororten.

Die Gaswerker in Leipzigs Vororten hatten in ihrer Versammlung am 27. September beschlossene, neue Lohnforderungen aufzustellen, die am 30. September an den Zentralauschuß Leipziger Arbeitergewerkschaften eingereicht wurden mit dem Entschluß, bis zum 6. Oktober dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Leipzig, mitzuteilen, wann die Verhandlungen darüber stattfinden. Die vom 6. Oktober 1920 datierte Antwort des Zentralauschusses ließ uns wissen, daß die aufgestellten Forderungen den Direktoren der einzelnen Werke zur Stellungnahme unterbreitet worden sind. Den empfindlichen Verhandlungstermin erfuhren wir jedoch durch Mitteilung von der Hauptleitung der Leipziger Gaswerke. Das war auffällig, weil die früheren Verhandlungen vom Zentralauschuß geschlossen wurden. Bei den Verhandlungen am 19. Oktober wurde eine Lohn-erhöhung für die gesamten Belegschaft der Vorkortgaswerke von 35 Pfennig pro Stunde ausgetan. Die Löhne für die Arbeiter der Gaswerke Wahren, Böhlitz-Ehrenberg, Großschöcher und Engelsdorf betragen:

Handwerker und Feuerhausarbeiter	pro Stunde Mk. 5,35
Angelernte Arbeiter	4,90
Arbeiterinnen	3,55

Die Arbeiter des Gaswerkes Zwenkau erhalten wie vormals 30 Pfg. weniger pro Stunde. Ihr Lohn betrug bisher 4,70, 4,25 und 3.— Mk. und erhöht sich nunmehr auf Mk. 5,15, 4,60 und 3,35 in den drei Arbeitergruppen.

Nach dringendem Hinweis, daß dieses Jugendbündnis unzulänglich sei, erklärten sich die Gaswerke bereit, trotzdem der Tarifvertrag rückwirkende Lohnzulagen grundsätzlich auszubieten, die Zulage ab 1. Oktober nachzahlen zu wollen. Die Vorkortgaswerker nahmen in ihrer Versammlung am 23. Oktober im Volkshaus in heftiger Abmahnung gegen wenige Stimmen das Angebot der Thüringer Gasgesellschaft an.

Wie die Betriebsräte der Gaswerke versicherten, war ihnen Nachricht ausgetan, daß der Zentralauschuß Leipziger Arbeitergewerkschaften ein Verhandeln über Lohnzulagen überhaupt unterlagte hatte und legale Lohnbewegung ablehnte. Die Arbeiterkraft war jedoch gewillt, auch von ihrem letzten Mittel, der Arbeitseinstellung, Gebrauch zu machen. Die Hauptleitung der Thüringer Gasgesellschaft und die Direktoren der Werke bewiesen etwas mehr Einsicht, indem sie die Verhandlungen selbst anboten und, wenn auch in unzulänglicher Weise, einer Lohnbewegung zustimmten. Die Arbeiterkraft präziserte ihre Forderungen dahin, daß sie nicht umhin könne, bei andauernder Preissteigerung aller Substitutionsmittel sofort neue Lohnforderungen zu stellen und solange auf Selbsthilfe nicht zu verzichten, bis die Preissteigerung endlich aufhört, das ein Preisabbau der Lebensmittel eintritt.

Verband der Gemeindegasarbeiter.
Ortsverwaltung Leipzig.

Ausland auf den pommerischen Kleinbahnen. Die Angehörigen der pommerischen Kleinbahnen hatten vor etwa vier Wochen neue Lohnforderungen aufgestellt und im Falle der Nichtbewilligung den Streik angekündigt. Im Oberpräsidium haben daraufhin Vermittlungsverhandlungen stattgefunden, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Ein Teil der Bahnangestellten ist daher in den Streik getreten. Die Zahl der stillgelegten Bahnen beträgt 18. Die übrigen Kleinbahnen funktionieren, nachdem Sonderverträge entweder schon geschlossen oder wenigstens eingeleitet sind.

Die Arbeiter der Elektro- und Maschinenbetriebe auf der Bismarckhütte in Bismarckhütte (Ober-Sachsen) etwa 2000 Mann, sind in den Streik getreten. Sie fordern Erhöhung des Lohnangebots und allgemeine Lohnsteigerungen. Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Kartustahl- und Elektrobetriebe sind gestreikt; es wird geraume Zeit dauern, sie wieder in Betrieb zu setzen.

Sozialistische Proletariat 'aend Groß-Bezirk.

Bezirk Westen I (Lindenau, Flagwitz, Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg): Freitag den 29. Oktober, abends 7 Uhr, im Lindenauer Heim, 44, Volkshaus, Demmeringstraße. Bezirksversammlung. Bezirk Westen II (Klein-Schöcher, Groß-Schöcher): Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, im Heim, Schule Groß-Schöcher: Bezirksversammlung.

Bezirk Süden (Alt-Leipzig, Connewitz, Döhlitz-Gaußsch, Böhlen): Sonntag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr, im Jugendheim Alt-Leipzig, Brautstraße 17. Bezirksversammlung.

In allen Bezirksversammlungen steht zur Tagesordnung: Unsere Reichskonferenz. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs.

Briefkasten der Redaktion.

A. M. Wodan. Nach § 338 der Reichsgerichtsordnung können Sie in bestimmten Fällen gezwungen werden, den Offenbarungseid zu leisten. 1.50 Mk. Parteikasse.
C. W. Wodan. Die Gemeinde hat Ihren Freund ausreichend zu unterstützen, in der er beimathet ist.
F. W. Wodan. Strengen Sie die Klage an. Es ist möglich, daß der Richter die Gründe als berechtigt anerkennt.
M. W. Wodan. Die Volkspartei in diesem Falle nicht einschreiten. 1 Mk. Parteikasse.
E. W. Wodan. Es ist dann die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nötig. 2. Die Urteile wollen wir nicht. 1 Mk. Parteikasse.

Gammelt Wahlpulver für die Landtagswahlen

Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voeltz.

38] Zeichnungen von Hans Albert Förster. Züßlinger antwortete ihnen wahrheitsgetreu, die Oberdeutschen hätten einen Gott, der heiße Profit, und der gäbe ihnen, wenn sie ihm fleißig Menschen opferten, ihr Himmelreich, das Kapital. Selbstverständlich war diese Antwort den Züßlingern zu hoch. „Was ist denn Profit? Was heißt Gott? Was Kapital?“ Züßlinger versuchte so vollständig als möglich zu sprechen, aber die Züßlinge lachten nur. Das, was Züßlinger ihnen da auseinandersetzte, schien ihnen über die Maßen komisch. Da fing Züßlinger an, ihnen einen großangelegten Vortrag über die Entwicklung des Menschengeschlechtes zu halten, und berichtete, wie in alten Zeiten die Not zur Gewalttat hätte führen müssen, und wie der Stärkere den Schwächeren sich dienstbar gemacht habe. „Zur Sache!“ riefen die Züßlinge. „Wir sind doch die Stärkeren! Leiden denn die Oberdeutschen Hunger?“ Züßlinger ließ sich durch ihre Zwischenrufe nicht beirren. „Ich will euch ja nur zeigen, wie alles gekommen ist. Der Stärkere wurde reich, und um seinen Reichtum handlich zu machen, erfindet er den Besitz in der Westentasche, nämlich das Geld.“ „Das war gar nicht so dumm,“ anerkannten die Züßlinge. „Nun aber,“ fuhr Züßlinger fort, „konnten die Reichen äußerlich so schwach wie Heringsseelen werden; das Geld machte sie stark.“ „Es ist also ein Gott?“ „Freilich; und ein sehr starker und sehr böser.“ „Ihn verehrt man wohl in den großen Häusern mit den Türmen, wo die vielen Kreuze und die bunten Bilder sind?“ „Das ist eine besonders schlaue Erfindung. Früher war man ehrlich genug, diesen Gott öffentlich zu verehren, aber das schien auf die Dauer nicht nützlich. Aber die Reichen wußten, wie es gemacht werden mußte. Sie haben, wie sie angeben, vor langer Zeit einen armen, guten Mann ans Kreuz gehängt und hängen ihn alljährlich an immer neue Kreuze aus Ebenholz, Eisenblei und Gold. Und sie lassen ihre Knechte vor dem Kreuzigten knien und sprechen zu diesen Knechten: „Das ist euer Gott! Wir haben ihn ans Kreuz gehängt. Was könnten wir da erst mit euch machen! Erzieht daraus unsre Güte gegen euch. Ganz gutwillig hat er sich aufhängen lassen. Laßt euch also auch gutwillig ein wenig quälen. Ihr müßt ja vor Freude und Dankbarkeit tanzen, weil wir euch nur mit der Feilsche hielten, wo wir doch euren Gott aufgehängt haben.“ Und sie selbst fallen auch vor dem Kreuze auf die Knie und beten: „Wir verehren dich mächtig, du hübsches, niedliches Symbol. Was wären wir ohne dich! Bleib ja hängen, wir wollen dich auch mit goldenen Nägeln festschlagen.“ So verehren sie die Armut und das Leiden, weil sie dadurch reich und glücklich werden wollen.“ „Das ist unrecht gehandelt,“ sagten die Züßlinge und fügten hinzu, das müßten törichte Knechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren. Dann ließen sie sich erklären, was man unter Profit verstände. „O wehe!“ sprachen sie da, „der Profit verwandelt Kleines in Großes? Er macht aus Nichts etwas? Wahrhaftig, das ist überflüssig, das ist göttlich. Aber das Göttliche ist unmoralisch, es ist nicht recht, aus Nichts etwas zu machen. Wir müssen diesen Gott zerstören.“ „Tut das!“ rief Züßlinger, „aber es ist schwer. Freilich haben sich die Völker um uns aus eigener Kraft von diesem Götzgen freigemacht, und auch wir waren einmal, ja mehrmals frei. Aber jedesmal war in diesem Lande das Geld zuletzt stärker als die Menschen.“ Mangel entstand nach einem großen Kriege, und die Masse des Volkes rief: „Wir verhungern.“ Da gab man ihnen ein wenig Geld zum Kaufen, aber bald langte es nicht mehr, und die Masse rief wieder: „Wir verhungern.“ Man gab wieder ein wenig Geld zum Kaufen, und so geschah es hundertmal. Immer ließen die Armen dem Gelde nach, um nicht zu verhungern. Und so gewöhnten sie sich daran, das Geld, das sie hätten verachten sollen, aus Not zu verehren. Der Götzgen aber freute sich und verdarb die ihn nicht Verehrenden, indem er sie tötete oder des Landes verwies. Da wurden die Oberdeutschen Meister, die Oberdeusel!“ Die Züßlinge lärmten; sie wollten das Ungeheuer zu Brei zerstampfen. „Genug!“ riefen sie Züßlinger zu, „wir verstehen nicht viel von deiner Rede; wir verstehen nur, daß die Oberdeutschen, von denen du uns da erzählst, schlimmer als Schweine und dümmere als frisch verblödete Züßlinge sind.“ Aber Züßlinger wurde kleinmütig, er bedachte die Gefahr, und das Herz brannte ihm vor Bitternis bei dem Gedanken, daß diese fröhlichen, unverbundenen, kraftstrotzenden Geschöpfe ohne Zweifel in kurzer Zeit auf irgendeine Weise vom Erdboden vertilgt werden würden. Jedoch vorläufig lebten sie noch; erst sollten sie kämpfen, erst sollten noch große Taten getan werden. Er schwieg, vor innerer Bewegung stumm, und ging, um die Vorbereitungen zur Verteidigung zu beaufsichtigen. In den Nährwerken wurde fleißig gearbeitet; Wagen auf Wagen, hochbepackt mit Nahrung, lief zum Eingang des Stollens und verschwand im Dunkel der Erde. Und Wagen auf Wagen voll Grubenschutt kam aus der Erde, schon ragte ein hoher Halbenhügel als Zeichen des Züßlingfleißes. „Recht so,“ lobte Züßlinger; „brecht nun auch Luftlöcher nach oben, verdeckt die Löcher mit dichtem Gestrüpp, bau Deckel und Türen, um sie schnell zu verschließen; rastet mir nicht!“ Ein Flugzeug erschien über dem Werte; plötzlich schwebte, tausend große schwarzweißrote Papiere herab. Die Züßlinge ergötzen sich an ihrem Fluge und hielten die Zettel für eine Friedensbotschaft, denn sie konnten nicht lesen.

Stephanie las ihnen vor, was darauf geschrieben stand. Sie sollten Züßlinger ausliefern und alle Aufwiegler, dann würde ihre Unterwerfung in Gnaden angenommen werden. Wenn sie aber in ihrer Verstocktheit beharrten, so sollten sie den nächsten Morgen nicht mehr erleben. Es kam auch noch ein Flugzeug, das kreiste sehr hoch in der Luft und verschwand. Die Züßlinge glaubten, man wolle sie verspotten, und gruben noch enger weiter. Die Wachen auf dem Wall sahen fern am Horizont Reiter und Wagen; die Oberdeutschen rückten von allen Seiten heran. Ein einzelnes Auto, auf dem eine große weiße Fahne wehte, kam gefahren; es fuhr langsam und oftmals zögernd bis zum Wall. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Leipziger Volksbühne (Die Königin). Die Struensee- Tragödie findet immer noch neue Bearbeiter. Nicht von unglaublicher Einmal ist die Liebesaffäre zwischen Königin und Bürgerlichem ein dankbarer Stoff, dem bei der bürgerlichen Ehrfurcht vor den Kronenträgern die pridelnde Wirkung sicher ist. Dann aber spricht auch die bürgerliche Sympathie für den aufgeklärten Despotismus mit, der das Volk von oben nach wohlwogenerem Plan und in bestimmten Grenzen beglückt und allen „zu weitgehenden“ Forderungen streng zu wehren weiß. Solch starke Hand, die dem Bourgeois seine gebührende Stellung neben dem Adel gibt und anführerischem Pöbel mit blauen Bohnen dient, ist ja mindestens seit 48 das heimliche Ideal des deutschen Speßbürgers gewesen. Und Felix Hübel hat seiner Königin Mathilde mit feinem Rolleninstinkt die „eisernen Ruhe“ gegeben, mit der sie die Schlinge wider die tumultulierenden Kopenhagener knallen hört. So etwas hat auf das deutsche Bürgergemüt schon vor der Revolution gewirkt. Zugleich hat Hübel, indem er seine Königin zum Mittelpunkt und zur Heldin seines Stückes machte, die peinliche Wirkung ausgeglichen, die ein verrückter König auf ein lokales Gemüt ausübt — in seiner Mathilde findet es den ersetzten Beweis, daß es doch eine Majestät gibt, die erhaben ob menschlicher Schwäche, selbst die grausame Hinrichtung des Geliebten ohne ein Zeichen der Bewegung erleben kann. Da die Königin eine Heldin ist, so darf sie auch nicht in ihrer Liebesaffäre schwach werden — Hübel macht sie, die zum Beispiel bei dem Dresdner Erler, dessen Stück wir vor einigen Monaten auf dem Alten Theater gesehen durften, nach der Liebe des Ministers giert, zur ebel Entschenden, die den finstlichen Entschenden auf die große historische Mission verweist, sie zur „freien Königin eines freien Volkes“ zu machen. Von diesen Andeutungen wolle man indes nicht auf einen großen historischen Hintergrund der Handlung schließen. Von dem Wehen der Zeit wird kaum ein Hauch gespürt. Ein Liebes- und Intrigenstück aus dem Duzend, das durch dichterische Qualitäten nicht befaßt ist. Daß es in Leipzig über die Bretter gehen durfte, wo wir den Bedarf an Struensee-Dramen nach der Aufführung des Ersterlichen Wertes auf Jahre für gedeckt halten konnten, verdankt es wohl nur dem Umstande, daß Herr Hübel Leipziger ist. Wohnt freilich die trübe Tassachs festgesetzt wird, daß die Leipziger Volksbühne ein Theater unter vielen geworden ist, nicht das Theater mit der besonderen Mission, die es einst mit starkem Griff sich als Ziel setzte. Die Aufführung entsprach dem Stück. Sie bot nichts Bezwingendes. Neben mancherlei Anzulänglichkeiten in den Nebenrollen gab es nur Durchschnitte, mehr oder minder. Auch die Regie und die Inszenierung erhoben sich nicht über dies Niveau. Hoffentlich wachsen sie wieder an würdigeren Aufgaben. H. B.

Operettentheater (Die Frau im Hermelin). Das Reich der Oberdeutschen ist nahe herbeigekommen. Immer plumper, immer brutaler werden die Mittel, welche zur Verblödung der armen Züßlinge aufgeboten werden. Die rasende Abwärtsentwicklung der Operette ist auch so ein Stück oberdeutscher Triumph. Wenn vor einigen Jahren noch eine gewisse Eleganz in der Musik, ein allerdings keiner Schulp geistigen Salzes spürbar war, so ist die Operette heute gänzlich im Sumpfe schleimiger Treibhausgefühlichkeiten verrottet. Da lob ich mir immerhin die von teutschen Volkstümern verabscheute Feinlichkeit der Franzosen, die immer noch reinlicher ist als dies elche Besäubern des menschlichen Treibhausens. Wahrhaftig das neuchte Maßwerk dieser Art, „Die Frau im Hermelin“, ist ein vorzügliches Werkzeug in den Händen einer nichts Gutes ahnenden Oberklasse, um aus dem Herzen der unheimlichen, gehäuteten Sklaven jeden Rest gebliebenen Reinheitsvermögens, hoher Willenskraft zu tilgen, ihr Innenleben ganz zu entmerorten, inelbarsten Masse zu machen. Um so gefährlicher ist dies Maßwerk, als es mit scheinbar ernsthafte, fast obernhaften Mitteln arbeitet. Die Handlung: historisch mit neuzeitlichen Anspielungen; die Musik: beleidigend schlecht. Das Ganze ein unenträgliches Mißgeschick von Oper und Posse, wobei es einem ohnmächtigbegabten Zuhörer leid tut um die Gestalt des Situationschneiders Sultani, hinter dem man Maßstäbchen etwa von E. T. A. Hoffmannscher Art ahnt. Die Unfähigkeit der Autoren und der Darstellung lassen ihn im Deb-Operettenhaften rettungslos verlanden. Gesangslich fehlte es der Aufführung an allen Ecken und Enden. Schade um die viele Arbeit, die an dies Jammerstück von Darstellern und Regie verschwendet wurde. Groß Inszenierung war ein kostbarer Rahmen um einen miserablen Desrud. Ly.

Altes Theater. (Einen Jux will er sich machen.) Billig sind diese alten Fassen. Will sagen: billig ist ihr Aufwand an Geist und Kunst, aber billig ist auch ihre Ausgrabung, da ja keine Tantieme mehr gezahlt werden muß. Auch enthalten sie im wesentlichen schon alles, was spätere Schwankarbeiten aufgewärmt haben, zeigen aber, drittens, einen frischeren Witz und lassen, viertens, ihre Ausgrabung durch literarhistorische Erwägungen begründet erscheinen. Also Motive genug, um solche Dinge wieder ans Licht zu ziehen, solange man sich noch nicht traut, zu den ehedem bewährten französischen Schwänken zurückzukehren. Natürlich ist es bei alledem eine Komik aus zweiter Hand, was bei einem solchen Restor empfunden; wir lachen nicht bloß über jene Leute, wir lächeln auch über ihn selbst. Aber seine naive Technik und seine primitive Fabel. Es ist ein ähnliches Rädeln wie das des abgeduldeten Hochbewußten über die Dialektbildung. Die Inszenierung durch Adolf Winds untersteht in geschickter Weise diesem Tatbestand, indem sie ein Theater im Theater aufbaut und damit dem Zuschauer noch mehr Distanz verleiht, als es schon durch das bloße Kostüm und Baranovskis nette Dekorationen geschieht. Das Personal des Alten Theaters war der Sache nicht minder gewachsen. Unter all den Stilarten, die ihm in hilfloser Folge zugemutet werden, liegen ihm die pathetische und die affige am besten: der berühmte Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen. Der ja auch freiwillig getan werden kann. So wirkte nicht allein Ederis Hausrecht mit ursprünglicher Komik, sondern es aaben auch die Ernst Aberer, Reßler, Dalldorf, Hesse usw. triftigen Anlaß zur Heiterkeit. Aktuell gemeinte Couplets taten ein Ubriges; zweimal erdröhnte bei solchen das Haus am lautesten von Beifall, als nämlich Schlageter träftig über Unruhs Witz herzog. Hier atmete die Volksseele des Schillervereins stilnäßig

auf, da sie endlich, nach fast drei Wochen, sozulagen die Erlaubnis erhielt, ihren innersten Gefühlen über jenes Wert Luft zu machen. Bis dahin hatte sich keiner getraut, was zu sagen, hatte sich jeder verpflichtet gefühlt, Respekt vor Literatur zu mimen. Nun endlich gaben die Schauspieler selber — von denen es gefehlt hatte, sie seien begeisterte Unruh-Spieler — das Signal zur Ablehnung des Unruh-Spieler. Tat das dem Publikum aber wohl! Es wäre nur zu wünschen, das Alte Theater übte öfter eine so treffende und unbedrückende Selbstkritik an seinem gottverlassenen Spielplan. Hätte mir nicht träumen lassen, solche Bundesgenossen zu finden. R. F.

II. Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters. Franz Liszt, der unbefritten größte Klavierkünstler des letzten Jahrhunderts, ist als Tonsetzer mit Vorrecht zu genießen. Die unglaubliche Virtuosität der Orchesterbehandlung, die Fülle von blendenden Einzelheiten kann nicht über den Mangel wirklich ursprünglicher Schöpferkraft hinwegtäuschen. Schon die Anlehnung an Dichterworte, die er musikalisch bebildert, ist bezeichnend. Ob es die „Berastinone“ ist, von L'Hermet reichlich lyrisch, nach der Gefühlseite hin ausgelegt, oder der „Tasso“ mit seinem venezianischen Gondelfied, immer markiert die Musik am Greifenstab des „Programms“ dahin. Das Klavierkonzert in Es-Dur wurde von Hans Behl so gespielt, wie es einzig zu erfassen ist, nämlich virtuos. Weist wird in List zu viel hineingebracht; er war kein Denker, aber ein Musiker bis in die Fingerspitzen. Darum ist die rechte Weibernabe seiner Werke ganz auf Klang, Ausbildung und besonders auf Rhythmus gestellt. An Klang fehlte es dem „Tasso“ in seinem letzten Teil, dem „Triumph“. Im ganzen ist diesmi zu sagen, daß die Einsätze besser klappten, daß mehr Schattierung da war, daß aber die individuelle Behandlung der Orchesterstimmen noch sehr zu wünschen übrig ließ. Ly.

Serbikonzert des Buchbinder-Männerchors. Eine Vortragsfolge vollstimmlicher Art, wie sie sein soll. Eingeleitet und abgeschlossen von Uthmannschen Chören; dazwischen gelegene Werke aus der älteren, klassischen Chorliteratur, unterbrochen von Vorträgen des Waldhornquartetts vom Gewandhausorchester. Also nicht, ohne gefährliche Experimente und geübten künstlerisch. Dabei, und das scheint mir sehr wesentlich, den Kräften des Chores angepaßt. In diesem Punkte werden nämlich oft die Grenzen der Möglichkeit überschritten, was zum uferlosen Dietantismus führt. Damit ist nicht gesagt, daß der Buchbinder-Männerchor mit seinem beträchtlichen Stimmmaterial nun immer bei Aufgeben von der Art der am Sonnabend gehörten verharren soll. Vielmehr dürfte der neue Dirigent, Herr Hänel, ihn noch zu allenhand Möglichkeiten führen. Aber erst noch Schulung, bis das Instrument ganz geschmeidig in der Hand des Dirigenten ruht. Die Ausführung im einzelnen zeugte von wichtiger Durchsichtigkeit. Den Tondren hätte ich noch mehr Zurückhaltung gewünscht, gerade im Schubertischen Nachklang, wo so viel auf den vortien Schmelz ankommt. Knudig überlassen konnte Mörsers Abschied von Mendelssohn, der in der ersten und vom Geschmeiter der Waldhörner unvollständigen Wiedergabe gar sehr von der sonst bis um Ueberdruß gehörten schmachendsten Wiedertafelart sticht. Eine besondere Ueberbrückung für die zehntelste Aufbörerschaft hatte der Dirigent aus Chemnitz mitgebracht, nämlich einen kleinen Sänger vom dortigen Knabenchor, der mit überausdecker Sicherheit und seltener Stimme einige der köstlichen Reinholdischen Kinderlieder sang. Ly.

Ranftabend des Verbandes der Fabrikarbeiter. Man kann der Arbeiterkraft nicht oft genug empfehlen, die künstlerische Ausgestaltung ihrer Feste vertrauensvoll in die Hände des Arbeiterbildungsinstituts, besonders seines musikalischen Beirates, zu legen. Der Abend bewies wieder einmal vollauf, mit welchem Geduld und Geschmad hier gearbeitet wird. Das ganze, abwechslungsreiche Programm stand durchweg auf künstlerischer Höhe. Die zwei berühmten Hofbällerguintette in Es-Dur, von Mozart und Beethoven, wurden mit Recht von der andächtigen Zuhörerschaft mit reichem Beifall begrüßt. Von demselben Künstlerpaar Ernst und Liebesvollster Ausführung zeugten die Solofolge und die rhythmischen Tänze. Allen Mitwirkenden, den Mitgliedern des Gewandhausorchesters, den Gesangsolisten und dem Schlesingerischen Tanzinstitut, gebührt der Dank der Arbeiterkraft. Pz.

Die Naturfreunde hatten für den Kunstabend antäglich ihres 25jährigen Bestehens ein gutes Programm. Der musikalische Teil wurde von den Herren Wolfsoffe und Wintgen, sowie Freulein Eisele bestritten, die ein Klaviertrio von Haydn, sowie das sogenannte Geistertrio Beethovens ausgezeichnet zu Gehör brachten. Das freit und dülter dahinstehende Vargo dieses Trios war von tiefer Wirkung. Freulein Eisele bewies auch weiterhin ihre technische Reife und künstlerische Einfühlung den den rhythmischen Tänzen, die eine ganz besondere Augenweide waren. Für Frä. Gertrud Loewe war Frä. Nie Dupont mit ein paar Reitationen eingeschprungen. Schließlich soll auch der Gemischte Chor Leipziger-Süd nicht vergessen werden, der unter seinem Dirigenten Reinhold Bösch mit einigen Liedern zum Gelingen des Abends beitrug. K.

Violinkonzerte. Zwei weltbekannte Geiger an einem Tage zu hören, ist nicht nur ein Ereignis, sondern auch psychologisch interessant. Der Spanier Joan Manen, der auch als Komponist bekannt ist, vertritt eine Großkultur. — Sein Spiel bewegt sich auf Nervenstippen mit höchster Eleganz. Der Russe Alexander Weischnitoff dagegen spielt mit Temperament und Leidenschaft, aber nicht ohne Anma. Die Es-Dur-Auge von Bach für Violine allein war viel zu arad gespielt. Etwas mehr gelang ihm schon das A-Dur-Konzert von Mozart, doch die Suite E-Moll von Noren lag ihm, da sie in zufflichem Geist geschrieben ist, am besten. Hier geriet er in sein richtiges Element. Joan Manen brachte den Mozart (D-Dur-Konzert) und Bach (Adagio und Negro für Violine allein) in seiner Auffassung zu höchster Vollendung. Seine Beileiterin, die Pianistin Pura Lago, hat sein abgeschlossene Technik und Grazie; schade, daß sie statt der Solistide von Chabrier und Albeniz (die bessere Salonmusik sind) nach dem alten Italiener Porpora, den Manen in autem allem Stil lotelte, nichts passenderes gewählt hatte. Alexander Weischnitoff hatte in Herrn Dr. Wolf einen feinfühlenden Begleiter, der auch die drei Solistide von Brahms im Rahmen des Ganzen gut gewählt hatte und sie musikalisch spielte. L.

Klingerfeier der Leipziger Jugend. Uns sind die Abendstern der Kreisdeutschen Jugend noch aus dem vorigen Jahr in guter Erinnerung. Sie haben gezeigt, daß diese Jugend nicht nur das nötige Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern auch die künstlerischen Kräfte besaß, um solche Feste zu halten. Die Erwartungen, mit denen man infolge dessen dem ersten diesjährigen Kunstabend entgegen sah, wurden nun leider enttäuscht. Statt sich auf die eigene Kraft zu verlassen, vertraute man sich einer Autorität an und ließ sich eine kunstgeschichtliche Vorlesung in wachsthem Unverständlichkeit halten. Warum nur? Eine Jugend, die sich dessen bewußt wäre, daß sie ihren eigenen Weg gehen muß, nicht den, den ihre bürgerliche Umgebung ihr vorschreibt, hätte diesen Fehler nicht machen können. Sie darf in ihrem künstlerischen Streben nicht die Hand zu akademischer Bevormundung bieten, sondern muß sich immer bemühen, selbst Werte zu schaffen, wozu die benutzte akademische Intelligenz eben nicht mehr imstande ist. Viel erfreulicher wirkten die frischen Klavierkonzerte, die den Vortrag umrahmten. Pz.

